

Turc.

103

9

Surc. 103 g

<36640779660017

<36640779660017

Bayer. Staatsbibliothek

Twice,
103 9

Die Agrarverhältnisse
des Fürstentums Bulgarien
in ihrer geschichtlichen Entwicklung.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

bei der

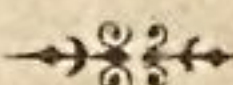
Philosophischen Fakultät

der

Universität Leipzig

vorgelegt von

Wladimir S. Pantschow.



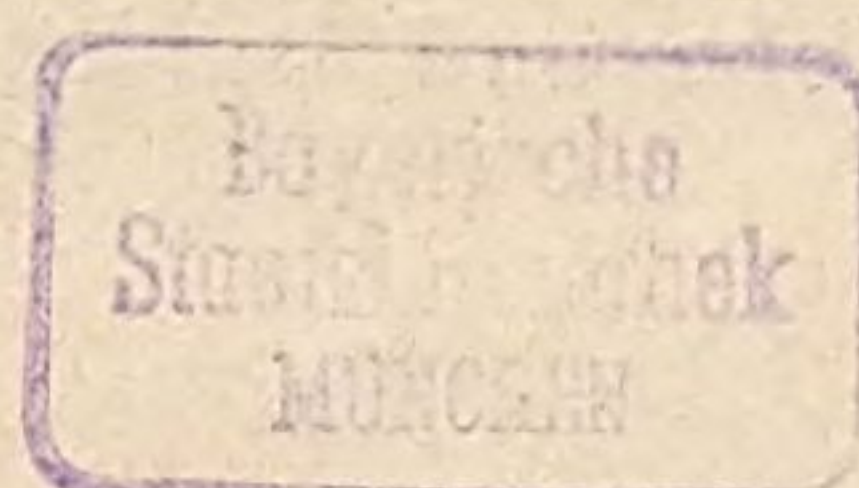
Leipzig-R.

Druck von Oswald Schmidt
1893.

Meinen Eltern

in Liebe und Dankbarkeit

gewidmet.



Inhalts-Verzeichnis.

	Seite
Einleitung	9
I. Teil. Die slawische Zeit	16
II. Teil. Von der Eroberung Bulgariens durch die Türken (1393) bis zur Befreiung des Landes vom Türken- joch (1878).	
1. Grundeigentumsverhältnisse und Entstehung des Lehns- systems bei den Muhamedanern im allgemeinen	21
2. Verteilung des Grundeigentums in Bulgarien nach der Eroberung der Balkanhalbinsel durch die Türken und Vernichtung des bulgarischen Boljarenstandes	27
3. Das Lehnssystem im osmanischen Reiche und speciell in Bulgarien unter besonderer Berücksichtigung der bäuerlichen Lasten vor den Reformen Sultan Medschids (bis 1839)	30
4. Die Agrarverhältnisse im osmanischen Reiche, speciell in Bulgarien, nach den Reformen Sultan Abdul- Medschids und die weitere Entwicklung derselben bis zur Befreiung von der Türkenherrschaft (1839—1878) .	42
5. Die Reform des landwirtschaftlichen Steuerwesens nach der Lehnsorganisation Sultan Abdul-Medschids	51
6. Die Entstehung des Grossgrundbesitzes, Abhängigkeit der Bauern von den Grossgrundbesitzern und die Bildung eines landwirtschaftlichen Tagelöhnerstandes im osmani- schen Reiche, speciell in Bulgarien	52
III. Teil. Die Zeit seit der Befreiung von der Herrschaft der Türken (seit 1878).	
1. Gesetzliche Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, insbesondere die Gewährung von Grund und Boden an die landlosen Bauern	59
2. Sonstige Veränderungen im Eigentumsrecht an Grund und Boden, insbesondere die Verminderung des Gross- grundbesitzes	65
3. Bestrebungen zur Umwandlung der Naturalabgaben in eine Grundsteuer	69
Schlussbetrachtung	77

Litteraturverzeichnis.

- Bojev, B.**, „Bericht an den Finanzminister über den Zustand der direkten Einnahmen und die nötigen Reformen derselben,“ Sofia 1888 (bulg.).
- Bussinello**, „Historische Nachrichten von der Regierungsart, den Sitten und Gewohnheiten der osmanischen Monarchie“ (in Lüdekes Beschreibung des türkischen Reichs) 1778.
- Eichmann**, Die Reformen des Osmanischen Reiches, Berlin 1858.
- Gerlach, Steph.**, „Tagebuch der v. Zweyern Glorwürdigsten Römischen Kaysern, Maximilians und Rudolpho etc. an die Ottomanische Pforte zu Constantinopel abgesendeten Gesandschaft.“ Frankfurt a. M. 1674.
- Geschov**, „Das gemeinschaftliche Besitzen und Arbeiten in Bulgarien“ (in Pereoditschesko Spissanie der litterar. Gesellschaft zu Sofia No. 38. 1889).
- „ „Über die Hirten und Schnitter,“ ebenda No. 32—33.
- „ „Die Zadruga in Westbulgarien,“ ebenda No. 21—22. 1887.
- Hammer**, „Des Osmanischen Reichs Staatsverfassung und Staatsverwaltung,“ Wien 1815. 2 Bde.
- Hertzberg**, „Geschichte der Byzantiner und des Osmanischen Reichs,“ Berlin 1883.
- Hirschfeld, L. v.**, „Über das Grundeigentum in der Türkei.“ Münchener Allgem. Zeitung, Jahrgang 1892. No. 258, 259, 260, 265, 266, 267, 269 und 270.
- Jireček, K.**, „Geschichte der Bulgaren,“ Prag 1876.
- „ „Das Fürstentum Bulgarien,“ Leipzig 1891.
- „ „Alte Reisebeschreibungen durch Bulgarien“ (in Pereoditschesko Spissanie der litterar. Gesellschaft zu Sofia. No. II, IV, VI und VII).
- „ „Reisenotizen über Sredna Gora und Rhodope,“ (ebenda No. VIII, IX, X und XI).
- Jireček, K.**, und **Sarafov**, „Rapport der in dem Kjustendiler Krøis zur Untersuchung der Lage der landlosen Bauern entsendeten Kommission,“ Sofia 1880 (bulg.).
- Iliev**, „Der Kreis von Stara-Zagora,“ Stara-Zagora 1885 (bulg.).
- Kremer, A. v.**, „Geschichte der herrschenden Ideen des Islam,“ Leipzig 1868.

- Laveleye**, „Die Balkanländer,“ Leipzig 1888. 2 Bde.
Marinov, D., „Lebendes Altertum,“ ethnograph. Zeitschrift. Bd. II.
Rustschuk 1892 (bulg.)
Maurer, „Das griechische Volk,“ 1835.
Müller, A., „Der Islam im Morgen- und Abendlande. Berlin 1885.
Murdgea d'Ohsson, „Allgemeine Schilderung des osmanischen Reichs,“
Leipzig 1788. I. Bd.
Novaković, „Proniari und Baštinici, Spahis und Čitluk-Sahibis. Ein
Beitrag zur Geschichte des unbeweglichen Eigentums in Serbien
im 13.—19. Jahrh.,“ Belgrad 1887 (serbisch).
Rosen, „Geschichte der Türken von dem Siege der Reformen im
Jahre 1826 bis zum Pariser Traktat von 1856,“ Leipzig 1866.
Tischendorf, P. A. v., „Über das System des Lehns in den moslimischen
Staaten, besonders im Osmanischen Reiche,“ Leipzig 1871.
Zinkeisen, „Geschichte des Osmanischen Reiches in Europa,“ 1840—63.
7 Bde.

Gesetze*)

- I. betreffend die Regulierung der gutsherrlichen und guts-
bäuerlichen Verhältnisse etc. vom 10. Dezember 1880.
Novelle dazu vom 27. Dezember 1883.
Gesetz vom 28. Januar 1885.
Novelle dazu vom 9. Juli 1886.
Weitere Novelle dazu vom 15. Dezember 1890.
- II. betreffend die Ländereien, welche während der türkischen
Herrschaft sich im Besitze der Tscherkessen und Tartaren
befanden: vom 14. Dezember 1880 und 23. Febr. 1883.
- III. betreffend die Wälder, vom J. 1880, 1883 und 16. Dezbr.
1889. Novelle dazu vom 15. Dezember 1890.
- IV. betreffend Grundbesteuerung, vom 23. Mai 1880 und
15. Dezember desselben Jahres, vom 9. Juni 1882,
13. Februar 1883, Gesetzentwurf vom 8. Dezember 1888
und Gesetz vom 17. Jan. 1889.
- V. „Sammlung der Gesetze des Ottomanischen Reiches“.
Herausgegeben von Arnaudov. Konstantinopel 1872.
I. Band.

Amtliche Ausgabe der stenographischen Protokolle der
Nationalversammlung, Staatszeitung etc.

*) Die Gesetze datieren nach dem orientalischen Kalender, welcher
gegen den occidentalischen um 12 Tage zurückbleibt.

Einleitung.

Geschichtlicher Abriss über die Entstehung des Fürstentums Bulgarien.

Zu Anfang der römischen Kaiserzeit wurde das jetzige Bulgarien von einem arischen Volke bewohnt, welches man zusammenfassend Thraker nannte, und welches in mehrere einzelne Stämme zerfiel, unter denen der kleine Stamm der Mösier die Hegemonie behauptete. Nach Unterwerfung der Thraker durch die Römer entstand eine römische Donau-provinz, welche den Namen Mösia erhielt. Dieses einst dicht bevölkerte Land wurde von Goten und Hunnen in der Zeit der Völkerwanderung mehrmals überflutet und furchtbar verwüstet.

Wenig später drang, von Norden kommend, ein bis dahin unbekanntes slawisches Volk, welches sich selbst Slowenen nannte, in das alte Dacien, das jetzige Siebenbürgen und die Walachei, ein und unternahm von dort aus kriegerische Einfälle in die verwüstete Römerprovinz Mösien, so dass es den römischen Kaisern nur mit Mühe gelang, wenigstens die Donau als Grenze zu behaupten. Unter Kaiser Heraklios (610—640) überfluteten die Slowenen, ohne wesentlichen Widerstand zu finden, die ganze Balkanhalbinsel und setzten sich besonders im Donaugebiet, bis zur Grenze Griechenlands hin, dauernd fest. — Ende des 7. Jahrhunderts erschien in diesen Gegenden von der Wolga her, wo sie in der letzten Hälfte (oder Ausgangs?) des 5. Jahrhunderts zuerst auftauchten, das finnisch-uralische Volk der Bulgaren. Sie überschritten 679 die untere Donau, verwüsteten Thracien, okkupierten das Gebiet zwischen der Donau und dem Balkangebirge und führten von hier aus

unausgesetzt Kriege sowohl mit dem oströmischen Kaiserreich, als mit den Slowenen. Die letzteren wurden nach und nach trotz ihrer Überzahl völlig unterworfen. Im Jahre 864 traten die Bulgaren unter ihrem Chan Boris, der sich fortan Michael nannte, zum Christentum über und schlossen sich dem Patriarchat Konstantinopel an. Seitdem hörten unter dem Einflusse des Christentums die Kämpfe mehr und mehr auf, und es vollzog sich zwischen den besiegten, schon früher christianisierten Slowenen und den Siegern eine friedliche Verschmelzung, wobei die Bulgaren allmählich Sprache und Sitten der weit zahlreicheren unterworfenen Slowenen annahmen. So erscheinen seit Ende des 9. Jahrhunderts die Bulgaren als ein vorherrschend slawisches Mischvolk, welches thrakische, slowenische und rein bulgarische (finnisch - uralische) Elemente in sich vereinte.

Dieses erste bulgarische Reich gelangte nun rasch zu hoher Blüte und Macht, besonders unter Symeon, dem Sohne des Fürsten Boris (888—927), welcher Konstantinopel zweimal belagerte und den grössten Teil der Halbinsel unterjochte, so dass sein Reich ausser Donau-Bulgarien den grössten Teil von Thrakien, Macedonien, Thessalien, Epirus, Albanien und einige Gebiete jenseits der Donau umfasste, und Serbien und Byzanz ihm tributpflichtig wurden. Er erhob den bulgarischen Erzbischof zu einem von Konstantinopel unabhängigen Patriarchen und nahm, seiner Machtstellung entsprechend, den Titel eines Kaisers (Zesar oder Zar) der Bulgaren und Griechen an, den von jener Zeit an bis zur Unterwerfung Bulgariens durch die Türken alle bulgarischen Fürsten geführt haben.

Die hohe Blüte dieses ersten Bulgarenreiches unter Boris und Symeon, welche auch auf dem Gebiete der Wissenschaft zu Tage trat, war jedoch nur von kurzer Dauer. Denn schon unter Zar Peter, dem Sohne Symeons (927—969), welcher mehr fromm als kriegerisch, mehr friedfertig als energisch war, ging das Reich einem raschen Verfall entgegen, indem der ganze Westen sich als eigenes Zarenreich abtrennte, und bald darauf der Osten (Donau-Bulgarien und Nordthrakien) von dem heidnischen Russenfürsten Swätoslaw erobert wurde. Nach dessen Vertreibung durch den Kaiser Johannes Tzimisces 971 wurde

Ostbulgarien wieder ein Teil des oströmischen Kaiserreichs.

Der Westen bildete nun zunächst ein selbständiges Reich unter eigenen Herrschern, und Zar Samuel (977—1014) verfolgte, wenn auch vergeblich, die Politik, die römisch gewordene Osthälfte zurückzuerobern, um so das ganze Reich wieder zu vereinigen. Diese Pläne missglückten aber, und sein Nachfolger, Zar Johann Wladislaw, verlor im Verlauf dieser Bestrebungen bei der Belagerung von Durazzo (1018) Krone und Leben, worauf auch dieses zweite bulgarische Reich dem oströmischen Kaiserreich unterworfen und unter Wahrung der Privilegien der Kirche und des Adels (der Boljaren) in byzantinische Provinzen eingeteilt wurde.

Trotz mehrfacher Aufstände im 11. und 12. Jahrhundert blieben die Bulgaren, ihrer Selbständigkeit beraubt, unter byzantinischer Herrschaft. Als aber letztere selbst dem Verfall entgegenging, erhoben sich die Unterdrückten 1186 unter Führung der Boljarenbrüder Peter und Asên und gründeten nach glücklich geführtem Kriege gegen den byzantinischen Kaiser Isaak II. Angelos zwischen Balkan und Donau das dritte Bulgarenreich, dessen erste Zare die genannten Brüder wurden, welche in Trnowo residierten. Deren Bruder und Nachfolger Kalojoannes (1196—1207) eroberte Macedonien und schlug den oströmischen Kaiser Balduin II. von Flandern 1205 bei Adrianopel. Als Zar Asên II. (1218—1241) auch Albanien besetzt und dadurch den Zugang zum Adriatischen Meere erlangt hatte, stand das Reich dem ersten grossen Bulgarenreich Symeons an Grösse kaum noch nach.

Aber auch diesem neuen Aufblühen Bulgariens folgte ein rascher Verfall. Infolge der Unfähigkeit seiner Zare, der fortwährenden Kriege mit den Nachbarvölkern und der inneren Gährungen geriet das Land vorübergehend zunächst unter tatarische Oberhoheit. Dann fielen die südlichen Teile des Reiches in die Gewalt von Byzanz, und der Westen wurde von den Serbenfürsten erobert, so dass dieses dritte Bulgarenreich beim Eindringen der Türken in Europa 1366 nur noch von der Donau bis zum Rhodopegebirge einschliesslich Philippopel und vom Schwarzen Meer bis

etwa zur Linie Orsova - Küstendil reichte. Dieses stark reducierte Land konnte dem Ansturm der Türken nicht Widerstand leisten und wurde noch im genannten Jahre denselben tributpflichtig.

Die Befreiungsversuche des letzten bulgarischen Zaren, Šisman III., scheiterten gänzlich und führten sogar zur völligen Vernichtung der Selbständigkeit Bulgariens, welche mit der Eroberung Trnowos durch die Türken 1393 besiegelt war. Zwar regierte Šismans Bruder Srazimir noch als Teilfürst in Widdin, allein er beging den für ihn als christlichen Herrscher gewiss verzeihlichen, aber unklugen Schritt, sich 1396 dem abendländisch-ungarischen Christenheere anzuschliessen, und verlor seinen Thron, als dieses Heer in demselben Jahre bei Nicopolis besiegt wurde. Hiermit kam auch der letzte Rest des dritten Bulgarenreiches unter türkische Herrschaft.

Das ehemalige Bulgarenreich zusammen mit fast allen übrigen Ländern der Balkanhalbinsel (ausser Bosnien und Morea) wurde nunmehr in 26 Verwaltungskreise (Sandschaks) eingeteilt und dem in Sofia residierenden Beglerbeg von Rumelien unterstellt, unter dessen Herrschaft das Bulgarenvolk trotz einzelner ihm gewährter Vorrechte seinen Niedergang vollendete.

Denn zuvörderst nahmen die Bulgaren in der Rhodope und in der Umgegend von Plewna und Lowetsch und viele Adelsfamilien in Städten und Burgen auch anderer Landesteile den Islam an. Der einst so kriegerische Volkscharakter der Bulgaren schlug durch ihren Ausschluss vom Militärdienst in sein Gegenteil um. Die Kirchenverwaltung gelangte allmählich in die Hand der Patriarchen in Konstantinopel, welche 1767 auch das altbulgarische Patriarchat von Ochrida aufhoben und anstatt der altslawischen Kirchenbücher überall griechische einführten.

Trotz alle dem glühte der Funke der Freiheit im bulgarischen Volkscharakter fort und loderte hin und wieder in allerdings gänzlich aussichtslosen Aufständen auf. Besonders gefördert wurde das Streben nach Unabhängigkeit und Freiheit Ende des 18. Jahrhunderts durch die literarische Thätigkeit des Mönches Paysios und seine altbulgarische Chronik, sowie durch den Bischof Sofrony von

Wratza; aber praktische Resultate brachte erst die Besetzung Bulgariens durch die Russen infolge der Feldzüge der Jahre 1806—1812 und 1828—1829. Die Errungenschaften des Krieges, freiheitliche Institutionen, regerer Verkehr mit dem Abendlande und die Entwicklung lebhafter Handelsbeziehungen gaben den Bestrebungen der intelligenten Kreise des Landes und dem Nationalgefühl auch der Massen neuen Aufschwung. Die Folge dieser geistigen Befreiung war die von 1835 an in Angriff genommene Gründung zahlreicher bulgarischer Volksschulen, die Entstehung einer eigenen Litteratur und von 1844 an sogar die Herausgabe von Zeitschriften, welche sich die Pflege bulgarischen Geistes und die Vertretung bulgarischer Interessen erfolgreich zur Aufgabe machten. Vor allem aber führte die Emancipation der Bulgaren von der griechischen Geistlichkeit und die durch einen Ferman des Sultans vom Jahre 1872 bestätigte Begründung einer autonomen bulgarischen Kirche unter einem in Konstantinopel residierenden Exarchen zur geistigen Wiedergeburt des Bulgarenvolkes. Damit ging jedoch die politische Wiedergeburt noch nicht Hand in Hand, wenn sie auch durch dies alles vorbereitet wurde. Die aufständischen Bewegungen in Bosnien und der Herzegowina im Jahre 1875 rissen zwar auch die Bulgaren zu Thaten empor, allein ungenügende Mittel und ungenügende Organisation liessen ihre Niederwerfung durch die Türken leicht gelingen. Aber das in Strömen vergossene Blut der Unterjochten war doch nicht vergebens geflossen. Die abendländischen Grossmächte, insbesondere England, drangen im Dezember 1876 auf Abhaltung einer Konferenz in Konstantinopel, welche die Bildung zweier autonomen bulgarischen Provinzen mit den Hauptstädten Trnowo und Sofia unter christlichen Gouverneuren forderte.

Die Ablehnung dieses Vorschlags durch die Pforte führte bekanntlich zum russisch-türkischen Krieg, welcher nach der Niederwerfung der Türkei durch den Frieden von San Stefano (3. März 1878) beendet wurde.

Dieser Friedensschluss bestimmte auch die Errichtung eines tributpflichtigen Fürstentums Bulgarien, dessen Grenzen auf Betreiben Ignatiows bis an das Ägäische Meer und

über den grössten Teil Macedoniens erstreckt wurden, gelangte aber in dieser Ausdehnung nicht zur Ausführung. Auf Einspruch Englands und Österreichs beschloss der Berliner Kongress (13. Juni bis 13. Juli 1878), dass das tributäre Fürstentum Bulgarien nur bis zum Balkan reichen, das südlich vom Balkan liegende Land aber eine autonome Provinz des türkischen Reichs mit dem Namen Ostrumelien werden sollte; Macedonien blieb unter der direkten Herrschaft des Osmanischen Reiches.

Damit war die politische Wiedergeburt Bulgariens erfolgt. Am 23. Februar 1879 trat die erste konstituierende Nationalversammlung (Sobranje) in Trnowo zusammen und wählte am 29. April 1879 den Prinzen Alexander von Battenberg als Alexander I. zum Fürsten, welcher am 9. Juli desselben Jahres die Verfassung beschwor und seine Residenz in Sofia aufschlug.

Unter seiner Verwaltung ging das Land einer gedeihlichen, friedlichen Entwicklung entgegen, bis sich plötzlich am 18./6. September 1885 eine verborgene, revolutionäre Liga erhob, welche in Ostrumelien die türkischen Beamten verjagte und die Vereinigung der beiden bulgarischen Landesteile, Bulgarien und Ostrumelien, proklamierte; letzteres wurde hinfort als Südbulgarien der Herrschaft des Fürsten von Bulgarien unterstellt.

Die Folge davon war bekanntlich der serbisch-bulgarische Krieg, in welchem die alte Waffenehre der Bulgaren in ruhmvoller Weise wieder hergestellt wurde. Doch war es wegen der Intervention der Grossmächte Bulgarien nicht vergönnt, seinen Sieg auszunutzen.

Die innere Entwicklung des Landes schritt indes auf allen Gebieten rüstig vorwärts, und auch Fürst Ferdinand aus dem Hause Coburg-Gotha, welcher nach der Abdankung des Fürsten Alexander I. im Jahre 1886 den bulgarischen Thron am 7. Juli 1887 bestieg, ist ebenso wie sein Vorgänger nach Kräften bemüht, die dem Lande notwendigen Reformen durchzuführen, Handel und Verkehr zu beleben, Wissenschaft und Künste zu fördern, die Landwirtschaft in neue Bahnen zu lenken und insbesondere auch das Steuerwesen in einer allen Teilen möglichst gerechtwerdenden Art und Weise zu ordnen.

Die landwirtschaftlichen Verhältnisse im Fürstentum Bulgarien und die in Verbindung damit stehenden Steuerlasten sollen in Nachstehendem auf Grund ihrer geschichtlichen Entwicklung in den verschiedenen Stadien der Verwaltung unter der Herrschaft der Türken und unter eigenen Herrschern einer eingehenden Erörterung unterzogen werden. Dabei wird es erforderlich sein, zur Erklärung der Agrarverhältnisse während der Türkenzeit auf die bei den Muhamedanern überhaupt herrschenden Anschauungen näher einzugehen und nur einige kurze Bemerkungen über die einschlägigen Verhältnisse im alten Bulgarenreiche vorzuschicken. Letztere sind grösstenteils unbekannt und wenig geeignet, als Grundlage der heutigen Gestaltung der Dinge betrachtet zu werden.



I. Teil.

Die slawische Zeit.

In der alten Provinz Mösien entwickelte sich unter dem Einfluss der oströmischen Gesetzgebung sehr bald das Colonatwesen. Die Colonen waren persönlich zwar frei, aber an die Scholle gebunden. Sie durften das Grundstück, zu welchem sie gleichsam als Inventar gehörten, nicht verlassen.

Als die Slawen das Land eroberten, wurde die einheimische romanische und thrako-illyrische Bevölkerung teils in die Berge gedrängt, teils, soweit sie auf dem Flachlande blieb, in Abhängigkeit von den Eroberern gebracht.¹⁾ Hieran wird auch das Eindringen der finnisch-uralischen Bulgaren nichts geändert haben,²⁾ so dass also die ackerbautreibende Bevölkerung im alten Bulgarenreiche sich wahrscheinlich schied in abhängige Grundhörige einerseits, und Adlige (Boljaren) und später auch geistliche Herren andererseits. In der That finden sich in einzelnen uns erhalten gebliebenen Urkunden aus jener Zeit *parici* und *otroci* erwähnt als solche, welche als Eigenhörige geistlichen Herren zu Frondiensten verpflichtet waren.³⁾

Diese Verhältnisse wurden noch weiter ausgebildet, verbreitet und befestigt dadurch, dass Bulgarien im Verlaufe des 10. bis 12. Jahrhunderts unter byzantinische Herrschaft gelangte, so dass sie beim Erscheinen der Türken in Europa denjenigen im oströmischen Reiche ähnlich waren.⁴⁾

¹⁾ Jireček, Geschichte der Bulgaren. Prag 1876, S. 92.

²⁾ Jireček, a. a. O. S. 402.

³⁾ Jireček, a. a. O. S. 401—403 und 396—398 und daselbst Chrysobull von Virpino (1258—1277) und Chrysobull von 1020.

⁴⁾ Jireček, a. a. O. S. 402.

Dagegen hatte sich seit alter Zeit unter den slawischen Völkern eine eigentümliche Institution herausgebildet, die Zadruga.¹⁾ Es sind dies bäuerliche Familiengenossenschaften, welche nicht durch Gesetz oder Verträge, sondern lediglich durch Herkommen und Gewohnheit ihre innere Organisation erhielten.

Die Zadruga entspricht äusserlich der altgermanischen Sippe und ist nicht beschränkt auf die Familie im engeren Sinne.

E. de Laveleye²⁾ bezeichnet sie als Haus- und Familiengemeinde, während sie in Art. 1 des kroatischen Gesetzes über die Regelung derselben von 1870³⁾ folgendermassen begrifflich bestimmt wird:

„Mehrere Familien oder Personen, welche unter der Leitung eines Oberhauptes in demselben Hause wohnen und eine Wirtschaft führen, das ungetrennte Besitztum zusammen bebauen und die Einkünfte gemeinschaftlich geniessen, bilden eine Vereinigung, welche man Zadruga nennt.“

Bogischitsch⁴⁾ definiert die Zadruga als eine aus den leiblichen Brüdern, Vettern und entfernteren Verwandten nebst Frauen und Kindern bestehende Bauernfamiliengemeinschaft.

Die innere Verfassung der Zadruga ergibt im wesentlichen folgendes Bild:

Sie steht unter einem Oberhaupte, welches Domakin, auch Stupanin, Dedo u. dergl. genannt, und zu welchem in erster Linie der Fähigste der Gemeinschaft, daher oft der Älteste ihrer Mitglieder, gewählt wird. Die Stellung desselben ist wirtschaftlich etwa diejenige des Direktors

¹⁾ Der Ausdruck „Zadruga“ ist nur in der Gelehrtenwelt gebräuchlich, dem Landvolk fremd, cfr. Geschov „Die Zadruga in Westbulgarien“ (Zeitschrift der litterar. Gesellschaft in Sofia No. 21 bis 22, 1887 [bulg.]); das Volk selbst nennt derartige Zadrugas „Zadružina“ oder in anderen Gegenden „Skupština“; cfr. Bogischitsch: „Über die einfachen Bauernfamilien bei den Serben und Kroaten“ im Journal des Kultusministeriums St. Petersburg, Februar 1885, S. 305(russisch); Geschov a. a. O. S. 439.

²⁾ „Die Balkanländer.“ Leipzig 1888, Bd. 1, S. 1.

³⁾ Laveleye a. a. O. S. 354.

⁴⁾ Journal des russisch. Kultusministeriums. St. Petersburg, Febr. 1885. S. 285.

einer Wirtschaftsgenossenschaft. Er ordnet die vorzunehmenden Arbeiten an, führt das Rechnungswesen und vertritt die Zadruga bei Rechtsgeschäften mit dritten Personen, gegenüber dem Gericht und dem Staat. Bei Erwerbungen ist er, von Sachen unbedeutenden Wertes abgesehen, stets an die Zustimmung der sämtlichen stimmfähigen Mitglieder gebunden, welche auch zu Verkäufen oder Verpfändungen irgend welcher Art erforderlich ist. Die Verteilung der vorzunehmenden Arbeiten unter die männlichen Mitglieder der Gemeinschaft geschieht ebenfalls durch den Domakin unter Beistimmung der Gesamtheit jener.

Sind sonach die Befugnisse der Domakins ziemlich weitgehender Art, so setzen dieselben doch in allen Fällen eine vorausgehende Beratung mit den anderen Genossen voraus, und es würde die Genossenschaft unfehlbar von ihrem Rechte, denselben abzusetzen und zu einer Neuwahl zu schreiten, Gebrauch machen, wenn er nicht die herkömmliche Rücksicht auf den Willen der Gesamtheit beobachten wollte.

Der Domakin ist gewöhnlich ein verheirateter Mann oder ein Witwer, kann aber auch nötigenfalls ledigen Standes, ja sogar eine Frau sein.

Ihm zur Seite steht die Domakina, auch Baba genannt, welche ebenfalls gewählt wird, gewöhnlich die Mutter oder Tante des Domakin, eventuell seine Frau oder auch die Frau des vorhergehenden Domakin. Ausnahmsweise kann auch ein Mädchen Domakina werden. Sie hat den Frauen gegenüber eine ähnliche Stellung, wie der Domakin gegenüber den Männern, bestimmt also die innere häusliche Wirtschaftsordnung und verteilt die einzelnen hauswirtschaftlichen Arbeiten, wie Kochen, Backen, Reinhaltung der Wohnung und der Wäsche, Anfertigung der Kleidung etc. unter die einzelnen weiblichen Mitglieder.

Baut sich die Zadruga auch auf dem Prinzip der Blutsverwandtschaft auf, so werden doch die in eine solche hineinheiratenden Frauen Mitglieder derselben, indem sie aus ihrer seitherigen Zadruga, wenn sie einer solchen angehörten, ausscheiden. Ausnahmsweise erfolgt auch die Aufnahme männlicher Genossen, wenn nämlich in einer Zadruga unverhältnismässig viele Frauen sich befinden.

Dieselben treten dann den übrigen männlichen Mitgliedern völlig gleichberechtigt an die Seite.

Jedes Mitglied der Zadruga arbeitet nach Massgabe seiner Fähigkeit und seiner Kräfte, und sein Erwerb fällt in das Gesamteigentum. Dagegen ist die Zadruga verpflichtet, den nötigen Unterhalt für die Genossen und eventuell deren Nachkommenschaft zu bestreiten.

Nur die Verheiratung giebt Stimmrecht. Ein Ausscheiden aus der Zadruga steht jedem frei; er kann aber auch wegen Pflichtversäumung oder Missliebigkeit unter Herausgabe seines Genossenschaftsanteils ausgeschlossen werden.

Ein Erbanfall, mit Ausnahme der in persönliches Eigentum der Genossen übergehenden Kleider und Schmucksachen, existiert infolge des Gesamteigentums der Zadruga natürlich nicht. Die aus der Zadruga ausscheidenden Mädchen erhalten keinen Genossenschaftsanteil, vielmehr nur eine aus Kleidung und Wäsche bestehende Mitgift, für welche der Bräutigam eine zwischen 50 und 120 Frs. betragende Summe Geld (Prid) an die Zadruga zahlt, während umgekehrt diese eine ebenso grosse Summe auszahlt, wenn ein Mädchen in sie hineinheiratet und eine Mitgift mitbringt. Diese wird Eigentum der Zadruga, so weit sie aus barem Gelde oder Vieh besteht. Löst die Zadruga sich aber auf, oder scheidet die junge Frau mit ihrem Ehemann oder als Witwe aus, so muss ihr aus dem Genossenschaftsvermögen der Betrag der Mitgift erstattet bzw. das eingebrachte Vieh in gleicher Quantität und Qualität zurück gegeben werden.

Bei Auflösung der Zadruga erhalten die verheirateten männlichen Genossen das Genossenschaftsvermögen an Vieh und Grundbesitz; die Nahrungsmittel aber, insbesondere das Getreide, wird unter alle erwachsene Genossen verteilt.

Tritt eine Witwe zufolge Verheiratung aus der Zadruga aus, so verbleiben die erstehelichen Kinder trotzdem in dieser. Sie können, so lange sie der mütterlichen Pflege bedürfen, zwar bei der Mutter gelassen werden, empfangen aber bis zu ihrer Rückkehr in die Zadruga ihren Unterhalt und ihre Erziehung auf Genossenschaftskosten.

Die Mitglieder der Zadruga wohnen je nach ihrer Zahl in einem einzigen Hause oder einem Häuserkomplex, und die zu einer engeren Familie gehörigen Mitglieder benutzen, wenn nicht ein besonderes Haus, so doch wenigstens einen besonderen Schlafraum.

Diese uralte Institution der Zadruga lässt sich in ihrer Entstehung und in ihren Umformungen im Laufe der Zeit nicht mit Genauigkeit verfolgen. Sie besteht heute noch wesentlich auf der geschilderten Grundlage, sowohl in Serbien und Kroatien, als auch in Bulgarien, hat aber hier keine gesetzliche Regelung gefunden und geht, durch das Eindringen moderner Anschauungen in ihrem patriarchalischen Charakter erschüttert, mehr und mehr ihrer Auflösung entgegen, so dass die Zeit nicht mehr fern zu sein scheint, in der sie nur noch der Geschichte angehört.

Vor 50 Jahren fanden sich Zadrugas von 100, ja von 250 Mitgliedern nicht selten; heute zählen sie nur ausnahmsweise über 50 Mitglieder. Von 2157 Zadrugas in den Bezirken von Widdin, Wraza und Lompalanka haben 2062 nur 10—20, 75 nur 20—25, 11 : 26—30, 4 : 32—40, 3 : 45 und je eine 55 und 60 Mitglieder.¹⁾

¹⁾ Marinov, D., „Lebendes Altertum,“ Ethnograph. Zeitschrift B. II. Rustschuk, 1892. S. 232 ff.

II. Teil.

Von der Eroberung Bulgariens durch die Türken (1393) bis zur Befreiung des Landes vom Türkenjoch (1878).

1. Grundeigentumsverhältnisse und Entstehung des Lehnssystems bei den Muhamedanern im allgemeinen.

Während sich bei den Bulgaren auf die oben ange-deutete Weise die Grundunterthänigkeit einerseits und die Gutsherrschaft der Boljaren und Klöster andererseits ent-wickelten, richteten sich die Muhamedaner auch in agrarischer Hinsicht nach den Vorschriften des Koran, welcher Gott allein als Eigentümer aller Länder und Muhamed und den jeweiligen Kalifen als allein verfügungsberechtigte Stell-vertreter Gottes auf Erden bezeichnete.

In der Theorie entwickelte sich bald eine Meinungs-verschiedenheit der muhamedanischen Gelehrten über den Sinn der vorgedachten Koran-Vorschrift. Abu Hanyfah behauptete, den Kalifen stehe die Entscheidung darüber zu, ob erobertes Land als Gemeingut der Moslim (zur Krondomäne) zu erklären sei oder nicht. Dagegen lehrte Shafiy, dass der Kalife das eroberte Land auf Verlangen der Moslemen unter diese verteilen müsse, und Mâlik endlich führte aus, dass das eroberte Land durch die Eroberung selbst schon zum Krongut werde und unveräusserlich sei.¹⁾ In der Praxis wurde alles Land, welches nach der Er-oberung nicht unter die Sieger verteilt worden war, ent-weder unveräusserliches Eigentum der Gesamtheit, Staats-domäne, oder aber es verblieb gemäss dem etwaigen Unterwerfungsvertrage oder der Verfügung des Imâm im

¹⁾ Kremer, Geschichte der herrschenden Ideen des Islams. S. 460.

Eigentum der bisherigen Inhaber unter Verpflichtung zur Zahlung eines Tributes.¹⁾

War das Land Nationaleigentum geworden, so stand die Verwaltung und das Verfügungsrecht darüber allein den Kalifen zu, die es an die ursprünglichen Eigentümer, später auch an andere Glieder des unterworfenen Volkes und schliesslich sogar an muhamedanische Ansiedler verpachteten oder aber als Belohnung für dem Staate geleistete Dienste an Soldaten oder Beamte zur Nutzniessung überliessen.²⁾

Alle diese Besitz- und Eigentumsverhältnisse wurden als „Iktâ“ bezeichnet.³⁾

Der gelehrte Ibn Dschemaa unterschied drei Hauptarten von Iktâ', und zwar Verleihung 1) zu wirklichem Eigentum, 2) zur Nutzniessung und 3) zur Participation, und führte dies im einzelnen weiter dahin aus:

a) Der Iktâ' zu wirklichem Eigentum konnte sich beziehen auf bisher unbebaute und unbewohnte Ländereien, welche dem ersten Bebauer verliehen wurden; ferner auf früher von den Islamiten bebaute, dann aber wieder verlassen und verödete Ländereien, welche als Teile des Kronvermögens vom Imâm verliehen werden konnten; und endlich auf angebaute Ländereien in Feindesland, welche der Imâm im voraus verleihen konnte, und welche dann der Besitzergreifung durch den Beliehenen unterlagen.

Von diesem Iktâ' zu wirklichem Eigentum war aber nach dem Obengesagten alles Land, welches den früheren Eigentümern gegen Zahlung eines fortlaufenden Tributs verblieben, oder welches in Nationaleigentum umgewandelt war, ausgeschlossen, denn beides war der Substanz nach unveräusserlich, und der Imâm konnte nur über dessen Abwurf verfügen.

b) Der Iktâ' zur Nutzniessung bezog sich auf Land oder Einkünfte, auch Teile des Tributes, welche der Imâm

¹⁾ P. A. von Tischendorf, Über das System des Lehns in den moslemischen Staaten, besonders im Osmanischen Staate, Leipzig, 1871. S. 14, 15.

²⁾ Kremer, a. a. O. S. 330, 331. v. Tischendorf, a. a. O. S. 17.

³⁾ v. Tischendorf, a. a. O. S. 17—19.

einzelnen, besonders den Streitern für den Islam, zur Belohnung für ihre Verdienste und zum Unterhalt anwies.

Aber ein solcher Iktâ' zur Nutzniessung wurde nur auf Zeit gewährt. Verstarb der Beliehene vor Ablauf derselben, so fiel das verliehene Gut an den Staat zurück, und die Erben behielten nur dasjenige, was bis zum Todesfalle bereits bezogen war. Doch wurde gegebenen Falls für die notwendigen Bedürfnisse der Hinterbliebenen gesorgt. Moslemischer Grund und Boden durfte höchstens auf Lebenszeit zur Nutzniessung verliehen werden, während Grundstücke der Ungläubigen (Nichtmuhamedaner) auch der agnatischen Descendenz des ersten Inhabers mitverliehen werden konnten.

c) Der Iktâ' zur Participation bezog sich auf die Mineralien (Gold- und Silberbergwerke und dergl.), auf Salinen, Natronquellen, Naphtha, Pech, Schwefel etc., auch auf Wege, Mühlen und Märkte und umfasste also im wesentlichen die Beleihung mit Regalien.

Der Iktâ' hatte seinen Ursprung in Persien und gelangte von dort nach Arabien noch vor dem Auftreten Muhameds, von welchem er bei Gründung seiner Religion und Aufstellung seiner staatsrechtlichen Normen beibehalten und thatsächlich zufolge glaubhafter Zeugnisse muhamedanischer Autoren in Anwendung gebracht wurde.¹⁾

So verlieh Muhamed als Iktâ' mehrere Stücke Land an einen gewissen Ali, ferner einen Landstrich mit einem Erzgruben enthaltenden Berge an Bilâl ibn al-hârit, dessen Söhne einen Teil dieses Terrains an Omar ibn 'abd ul-'aziz, den 8. Kalifen der Omajaden, verkauften, endlich mehrere der Ländereien des unterworfenen und zur Auswanderung gezwungenen jüdischen Stammes der Beni-Nadir an Abu Bekr, an Abderrahmân ibn 'Anf und an Zobair. Derselbe Zobair erhielt von dem Propheten nach Niederwerfung der Juden von Chaibar als Iktâ' ein Stück Land mit Palmen und anderen Bäumen, das früher jenen gehörte. Ja, Muhamed verlieh sogar urkundlich Ländereien, welche in noch nicht eroberten Gebieten lagen, (z. B. in Orten innerhalb der Provinz Damaskus,) an Temim und

¹⁾ v. Tischendorf, a. a. O. S. 24.

seinen Bruder, und auch dies wurde als rechtsgültig aufgefasst und gelangte zur thatsächlichen Perfektion, als Damaskus später nach des Propheten Tode erobert wurde.¹⁾

Alle diese und noch andere Verleihungen durch den Propheten scheinen übrigens Überlassungen von Land zu wahren Eigentum gewesen zu sein, denn die Beliehenen verfügten mehrfach über das verliehene Land durch Kaufverträge.

Die ersten Nachfolger Muhameds, Abu Bekr und Omar, scheinen von Landverleihungen nur einen sehr mässigen Gebrauch gemacht zu haben, weil sie von der Absicht geleitet wurden, die arabischen Stämme in kriegerischem Zustande zu erhalten. Sie befürchteten nämlich, dass das Heer durch grossen Grundbesitz verweichlicht und auch zu sehr zerstreut werden könnte. Von ihnen sind uns nur folgende Verleihungen als Iktâ' urkundlich überliefert worden: Abu Bekr verlieh an den oben erwähnten Zobair, welcher sich schon der Gunst des Propheten erfreut hatte, Ländereien zwischen al-gurf und Kanât, und Omar belehnte bei Belâdori²⁾ einzelne namentlich aufgeführte Männer mit Land in Basra und Chawât ibn gobair. Ferner finden noch einige Landverleihungen Omars unter dem Titel nafe Erwähnung, die jedoch mit Iktâ' nicht zu identifizieren sein dürften.³⁾

Dies waren aber Ausnahmen, denn von Omar ist bekannt, dass er an seinen Feldherrn in Irak schrieb:

„Es ist mir zu Ohren gekommen, dass die Truppen die Verteilung der Beute und der eroberten Ländereien verlangen. Lass die gesamte Beute an Reittieren und Geld Dir vorlegen und verteile sie. Die Ländereien aber lass unverteilt, denn das Land und die Flüsse gehören den Statthaltern, damit hiervon die Dotationen der Moslims bestritten werden. Würde man jetzt die Ländereien verteilen, so würde den nächsten Generationen der Moslims nichts davon zu Gute kommen.“⁴⁾

¹⁾ v. Tischendorf, a. a. O. S. 22—23.

²⁾ citiert v. Tischendorf, a. a. O. S. 25.

³⁾ von Kremer, a. a. O. S. 329, 330. v. Tischendorf, a. a. O. S. 24, 25.

⁴⁾ v. Kremer, a. a. O. S. 460. 461.

So konnte Omar nur schreiben, wenn er im Princip und als Regel die Landverteilungen missbilligte und deshalb sich allein etwaige Ausnahmen von dieser Regel vorbehielt.

Um den nötigen Unterhalt für die Truppen zu gewinnen, zwang Omar die unterworfenen Völker, welche er im Besitze ihres Landeigentums beliefs, zur Zahlung einer Kopfsteuer (dschîfja) und einer Grundsteuer (charâdsch), eine Massregel, welche uns insbesondere bezüglich der Sawâd von Ibu Askir überliefert ist,¹⁾ und welche bereits dem Propheten bekannt war.²⁾

Zugleich wurden den Ungläubigen von Omar für die in ihrem Eigentum belassenen Grundstücke noch Quartierlasten für die Truppen auferlegt. Die Grundstücke standen aber sonst zu unbeschränkter Verfügung ihrer Eigentümer, so dass dieselben insbesondere über sie durch Verkauf disponieren konnten. Nur ein Verkauf an Moslemen war ausgeschlossen,³⁾ da Omar, wie schon erwähnt, hiervon eine Schädigung der Kriegstüchtigkeit befürchtete.

Unter den Nachfolgern Omars, insbesondere unter dessen Vetter Moâwijah, nahmen aber die Landverteilungen und Landverleihungen an Moslemen einen immer grösseren Umfang an, so dass bald alle verfügbaren Ländereien vergeben waren. Da aber die Ländergier der Moslemen noch nicht befriedigt war, so gestattete der Kalife Abd almalik die Belohnung derselben mit durch den Tod ihrer Eigentümer „herrenlos“ gewordenen Grundstücken der Ungläubigen (Rajas) und liess auch das Verbot des Kaufs von Grundstücken der Ungläubigen seitens der Moslemen fallen. Schliesslich kam die Verleihung von Ländereien als Besoldung für geleistete Militärdienste unter der Dynastie der Omajaden ganz allgemein und fast ausschliesslich in Übung.⁴⁾

¹⁾ v. Kremer, a. a. O. S. 461.

²⁾ Auch dieser beliefs die unterworfenen Christen der Stadt Nedschran zwar in ihrem Grundeigentum und ihrem Glauben, weil er einen Übertritt derselben zum Islam nicht zu erzwingen vermochte, legte ihnen aber einen Tribut auf. In ähnlicher Weise begnügte er sich nach Eroberung der Stadt Heibar mit der Hälfte des Ertrags der den Besiegten belassenen Grundstücke.

³⁾ A. Müller, Der Islam im Morgen- und Abendlande, 1885, I. S. 271 f. v. Kremer, a. a. O. S. 330.

⁴⁾ v. Kremer, a. a. O. S. 393 f.

Eine weitere Ausbildung erhielt dieses Lehnssystem unter den Abbâsiden, und zwar besonders im Osmanischen Reiche, wo es sich bis in das laufende Jahrhundert erhielt.

Danach kann man zwei Gruppen von Grundbesitz unterscheiden, nämlich

a) Zehnt- und Steuergründe, d. h. solche Ländereien, welche zur Zeit ihrer Eroberung den Moslemen verliehen waren (Zehntgüter), und solche, welche den Nichtmuhamedanern bei ihrer Unterwerfung als volles Eigentum gegen Zahlung von Kopf-, Grund- und Ertragssteuer belassen worden waren (Steuergründe).¹⁾

b) Ländereien des Fiskus, welche unveräusserlich waren und nur auf Lebenszeit als Lehen verliehen werden konnten.

Zu der letzteren Kategorie gehörten insbesondere die Ländereien in der europäischen Türkei (Rumeli).

Hand in Hand mit diesem System gingen noch andere Bestimmungen, welche ebenfalls den Zweck verfolgten, die Mosliemen kriegstüchtig zu erhalten, sie zur herrschenden Klasse zu machen und ihnen die Möglichkeit zu geben, mühelos die Früchte des bürgerlichen Fleisses der unterworfenen Ungläubigen — Rajas — zu geniessen. Hierher gehörten die Verordnungen Omars, welche den Rajas verboten, Kirchen und Klöster zu errichten oder Reparaturen an solchen vorzunehmen, und welche auch die Ausbesserung an Wohn- und Wirtschaftsgebäuden nur in dringlichsten Fällen gestatteten.²⁾ Ferner durften die Christen nichts mit den Muhamedanern gemein haben; sie durften keine Kopfbedeckung wie diese tragen, nicht die Haare abteilen, keine solche Schuhe wie diese tragen und auf ihren Siegelringen keine arabischen Inschriften führen. Ihre Kinder durften nicht im Koran unterrichtet werden, nicht arabisch sprechen oder schreiben lernen. Ferner war ihnen das Recht, Waffen zu tragen und auf Pferden zu reiten, versagt, und um sie von den „Gläubigen“ jederzeit unterscheiden zu können, mussten sie einen Ledergürtel tragen.³⁾

¹⁾ Vergl. S. 34 u. 43.

²⁾ Hammer, „Des osmanischen Reichs Staatsverfassung und Staatsverwaltung“. Wien 1815, I, S. 183.

³⁾ v. Kremer, a. a. O. S. 461.

Nach dem Verfall des Kalifenreichs behielten die auf den Trümmern desselben entstehenden moslemischen Staaten die alten Lehnseinrichtungen bei, was sich besonders unter der Herrschaft der Seldschukken beobachten lässt.

Der letzte Herrscher der Seldschukken Ala eddin belehnte 1288 den Stammvater des Osmanischen Reiches — Osman — mit einer Herrschaft in Kleinasien, und dieser vergrösserte dieselbe nach dem Verfall der Herrschaft der Seldschukken und dem Tode ihres genannten letzten Hauptes durch eine Reihe glücklich geführter Kriege auf Kosten der Nachbarländer und gab die eroberten Territorien mit Ausnahme der grossen Städte seinen Verwandten oder Feldherren als Lehen, z. B. seinem Sohne Orchan den Sandschak Kara-hisar, indem er zugleich die Vererblichkeit der Lehnsgüter vom Vater auf den Sohn zugestand.¹⁾

Die Folge dieser Massregel war, dass die Osmanische Macht auf einem sehr ausgedehnten zu Lehen gegebenen Grundbesitz basierte.

Dieses Lehnssystem bedurfte aber im Laufe der Zeit dringend einer Organisation, und diese bewirkte Sultan Murad I., indem er 1375 unter Beihülfe des Beglerbegs von Rumeli, Timurtasch, das erste Reichsgrundgesetz erliess. Er teilte die Lehnsgüter in Gross- und Klein-Lehen ein und übertrug die Verteilung derselben, und zwar aller, nicht bloss, wie später, der kleineren, den Statthaltern der Provinzen.²⁾

2. Verteilung des Grundeigentums in Bulgarien nach der Eroberung der Balkanhalbinsel durch die Türken und Vernichtung des bulgarischen Boljarenstandes.

Als die Türken 1393 bez. 1396 Bulgarien erobert hatten, wurde das gesamte Land auf Grund der oben dargelegten Prinzipien als Nationaleigentum erklärt. Der grösste Teil desselben wurde den Kriegern für die von ihnen geleisteten Dienste als Lehen gegeben, ein anderer Teil

¹⁾ v. Tischendorf, a. a. O., S. 37. Hertzberg, Geschichte der Byzantiner und des osmanischen Reiches, Berlin 1883, S. 452.

²⁾ v. Tischendorf, a. a. O., S. 41, 42.

dem Staatsvermögen (mirijé) als Domänen einverleibt zur Verfügungsgewalt des Sultans, während der Rest als „Vakuf“ den Moscheen und anderen öffentlichen gemeinnützigen Anstalten überwiesen wurde.

Die niedere einheimische Bevölkerung wurde dabei nicht vertrieben oder ihres Besitzes beraubt. Sie wechselten im wesentlichen nur ihre Herren, indem an Stelle der Boljaren die türkischen Lehnsherren traten, denen sie nunmehr ihre Leistungen und Abgaben zu entrichten hatten.

Schon Sultan Osman (1288—1326) hatte diese Politik verfolgt und bei der Verleihung der Ländereien in der Umgegend von Brussa seinen Lehnsmannen eingeschärft, mit der nur noch hier und da spärlich wohnenden einheimischen Bevölkerung möglichst schonend zu verfahren, sie in ihren Wohnungen nicht zu belästigen und im Besitze ihres Eigentums in keiner Weise zu stören;¹⁾ und Murad I. (1359 bis 1389) liess bei der Eroberung der Stadt Salonik die Kirchen- und Kloster-Güter mit ihren Einkünften in den Händen ihrer Eigentümer, ja er befahl sogar, einen Teil der durch die Flucht der Einwohner herrenlos gewordenen Güter den etwa zurückkehrenden Besitzern zu reservieren.

Während die Osmanen aber so einerseits den Bauernstand, soweit sich dies mit den bei ihnen herrschenden Ideen über die Agrarverhältnisse vertrug, möglichst schonend behandelten, verfahren sie andererseits mit dem das Obereigentumsrecht innehabenden Boljarenstande hart und rücksichtslos. Beides verlangte ihr Interesse. Das Land bedurfte tüchtiger Bauern, welche es zu Gunsten der Türken bewirtschafteten und obendrein Steuern zahlten. Der Boljarenstand aber, welcher die einflussreichsten, aber auch zugleich die unruhigsten Elemente in sich vereinigte, bildete eine Gefahr für die Eroberer, welcher mit allen Mitteln entgegengetreten werden musste.

Diese Mittel waren verschiedener Art. Man versetzte ganze Kolonien von Osmanen aus Kleinasien nach Bulgarien und räumte ihnen die Güter und Schlösser der Boljaren ein, welche man ihrerseits zur Auswanderung nach Klein-

¹⁾ Zinkeisen, Geschichte des Osmanischen Reiches in Europa. I, S. 86.

asien zwang; dasselbe Verfahren, welches Sultan Suleiman bereits früher gegenüber dem griechischen Adel angewandt hatte.¹⁾

Andere Boljarenfamilien wanderten freiwillig nach den Nachbarstaaten Rumänien, Serbien und Ungarn, aus,²⁾ während wieder andere zum Islam übertraten und die Stammväter der grössten Feinde und Unterdrücker ihres eigenen Volkes wurden. Dies geschah namentlich in Bosnien in besonders grossem Umfange. Auch der Sohn des letzten bulgarischen Zaren trat, um sein Leben zu retten, zum Islam über und wurde zum Statthalter in Samsun in Kleinasien ernannt.

Der Rest der Boljaren wurde geradezu vernichtet. Die Geschichte erzählt, dass nach der Einnahme von Trnowo 110 derselben unter dem Vorwande, sie möchten ihr Gutachten in öffentlichen Angelegenheiten abgeben, von dem türkischen Kommandanten in die Kirche berufen und hier bis auf den letzten Mann verräterisch niedergehauen wurden.³⁾

Auf diese Weise verschwand, wie in den anderen von den Türken eroberten Balkanländern, der einheimische Boljarenstand auch aus Bulgarien fast gänzlich. Die letzten Reste mochten sich unter den niederen Volksschichten verlieren. So glaubte z. B. der belgische Gesandte Augier Gisslar de Busberg, der 1553 durch Bulgarien nach Konstantinopel reiste, in verschiedenen, an Bauern und Hirten verheirateten Frauen, die sich durch edle und vornehme Erscheinung und Haltung auszeichneten, Abkömmlinge der verschwundenen einheimischen Adelsgeschlechter zu erblicken.⁴⁾

Die zurückbleibenden Bauern blieben aber die Träger bulgarischen Geistes und Wesens und bewahrten trotz fast 500jähriger türkischer Knechtschaft und trotz der Verfolgung seitens der fanariotischen Geistlichkeit ihre Religion und ihre Nationalität.

¹⁾ Zinkeisen, a. a. O., S. 210.

²⁾ Jireček, a. a. O., S. 356.

³⁾ Jireček, a. a. O., S. 347 f.

⁴⁾ Jireček, „Alte Reisebeschreibungen durch Bulgarien“ in der Zeitschrift der litterarischen Gesellschaft in Sofia 1883, No. VI, S. 13 (bulg.)

3. Das Lehnssystem im Osmanischen Reich und speziell in Bulgarien mit besonderer Berücksichtigung der bäuerlichen Lasten in Bulgarien vor den Reformen des Sultans Medschid, also bis 1839.

Das im Osmanischen Reiche einschliesslich Bulgariens geltende, im wesentlichen auf Tradition und Herkommen beruhende Lehnssystem, welches Murad I., wie oben dargelegt wurde, durch einige wichtige Bestimmungen organisiert hatte, erhielt durch Muhamed II. 1475 eine weitere Vervollkommnung dadurch, dass er die Registrierung sämtlicher Lehnsgüter, welche infolge der grossen Willkür und der Missbräuche bei der Verteilung derselben seitens der Sandschakbegen nötig geworden war, befahl.

Seine höchste Blüte erlangte das türkische Lehnswesen unter Suleiman I. (1530), welcher ein neues Lehnsgesetz erliess und anordnete, dass die Verleihung grösserer Lehnsgüter (Siamet) mit einem jährlichen Ertrage von 20 000 bis 100 000 Asper (1000—5000 Mark) nur seitens der Pforte selbst erfolgen dürfe, während diejenige kleinerer Lehnsgüter (Timar) mit einem Jahresertrage von 3000—20 000 Asper (ca. 150—1000 Mark) den Statthaltern der Provinzen überlassen blieb.

Jeder Lehnbesitzer, dessen Lehn einen geringeren jährlichen Ertrag gab als 10 000 Asper (ca. 500 Mark), war verpflichtet, auf je 3000 Asper (ca. 150 Mark) einen wohlgerüsteten Reiter zu stellen. Überstiegen die Jahreseinkünfte aus seinem Lehn aber 10 000 Asper, so war für je 5000 Asper (ca. 250 Mark) ein Reiter mehr zu stellen. Diese Sipahi genannten Lehnstreiter standen unter dem Kommando von Subaschis und Tscheribaschis, diese wieder unter Obersten oder Alaibegen, und diese endlich unter den Provinzialstatthaltern (Sandschakbegen); das Oberkommando über die Sandschakbegen lag in der Hand des in Sofia residierenden Beglerbeg von Rumeli.

So diente das Lehnswesen gleichzeitig als Grundlage für die Militärorganisation und repräsentierte unter Suleiman I. eine Militärmacht von 80 000 Reitern unter dem Beglerbeg von Rumeli. Im 17. Jahrhundert umfasste der Sandschak Sofia allein 337 Siamets und 174 Timars.

Ferner verordnete das Lehnsgesetz Suleimans I., dass die Söhne eines verstorbenen Lehnbesitzers nicht das ganze, sondern kleinere Lehen erhalten sollten, welche sie durch kriegerische Verdienste vergrössern konnten. Die Lehen der Söhne eines verstorbenen Lehnbesitzers waren von verschiedener Grösse, je nachdem dieser auf dem Felde der Ehre oder im Frieden verstorben war, und je nach der Grösse des väterlichen Lehns.¹⁾

Die Lehnsgüter blieben stets Staatseigentum, und der Belehnte hatte nur das Recht der Nutzniessung. Bei besonderen Verdiensten wurden bisweilen seine Einkünfte noch vermehrt durch Übertragung von Ländereien, die zu den Krongütern (châss) gehörten. In grösserem Umfange geschah dies besonders den Civilbeamten gegenüber.

Wurde jemand sein Lehn entzogen, so konnte er ein anderes erst nach sieben Jahren erhalten. Leistete der Vasall aber die ihm obliegenden Dienste, entrichtete er seine Steuern ordnungsgemäss, vernachlässigte er auch die Kultur seines Besitzes nicht, so war es jedermann verboten, ihm sein Lehen zu entreissen oder zu schmälern. Diese Bestimmung Suleimans I. existierte freilich mehr nur in der Theorie und wurde, wie viele andere Gesetze in der Türkei, praktisch wenig beachtet. Es kam sehr häufig vor, dass Lehen ihren Besitzern weggenommen und den Günstlingen des Sultans oder Sandschakbegen verliehen, wohl auch dem Meistbietenden zugeschlagen wurden. So verfiel dieses wohlorganisierte Lehnswesen bald nach dem Tode Suleimans I. und dessen Sohnes Selims II., indem man begann, Lehen an kriegsuntaugliche Günstlinge und Hofschranzen, ja sogar an Sultaninnen zu verteilen, so dass sich trotz der energischen Versuche mehrerer Sultane und Grossvesiere, diesem Unwesen Einhalt zu thun, in der Hand einzelner Grosswürdenträger 20—50 Gross- und Kleinlehen vereinigten, ohne dass die Besitzer derselben auch nur einen einzigen Mann für das Heer stellten. Die Folge davon war, dass im Jahre 1768 statt 80 000 Reitern, wie unter Suleiman I., kaum noch 20 000 Reiter gestellt wurden.

Dazu kam, dass die Lehnsleute ihre Lehen vielfach

¹⁾ Ausführlicher bei Hammer a. a. O. S. 353, 354.

eigenmächtig in erbliche Gutsherrschaften verwandelten, welche durch Kauf aus einer Hand in die andere übergingen, so dass das Prinzip des ausschliesslichen Eigentumsrechts des Staates an denselben nur noch auf dem Papier existierte.

Dies führte schliesslich, als man alle Hoffnung auf Hebung und Besserung des Lehnswesens verloren hatte, unter Mahmud II. (1829) zu vollständiger Beseitigung desselben.

Bis dahin aber bestanden im Osmanischen Reiche und speziell in Bulgarien für die Bauern folgende Verhältnisse, welche sich im Laufe der Zeit durch Gewohnheit und Gesetz nach und nach herausgebildet hatten:

Der Bauer auf den Lehnsgütern eines Sipahis galt als dessen grundhöriger Erbpächter, und der Niessbrauch an seinem Grundstück wurde nach seinem Tode unter alle seine arbeitsfähigen Söhne und in Ermangelung derselben in manchen Orten unter seine Töchter gleichheitlich verteilt. Waren arbeitsfähige Söhne oder Töchter nicht vorhanden, so erbten die Brüder, der Vater, der Grossvater, die Mutter dergestalt, dass die der Reihenfolge nach früher Genannten die später Genannten ausschlossen. Bei unbeerbtem Tode fiel der Niessbrauch am Grundstück in die Hand des Sipahis zurück, welcher ihn aber nicht für sich oder seinen Sohn behalten durfte, sondern sofort einem anderen Bauern wieder in Erbpacht geben musste. Die Ortsnachbarn des Verstorbenen hatten in erster Linie Anspruch auf die Übertragung des Grundstückes.

Verstarb ein Bauer mit Hinterlassung eines minderjährigen Sohnes, so konnte dieser den auf ihn entfallenen Grundstücksanteil binnen 10 Jahren nach erlangter Volljährigkeit beanspruchen. Während der Minderjährigkeit aber konnte der Sipahi diesen Grundstücksanteil verpachten.

Der Übergang eines Grundstücks von dem Vater auf den Sohn erfolgte ohne Zahlung der Übertragungssteuer (Tapu), welche bei einer Vererbung auf andere Verwandte zu entrichten war.

Zur Urbarmachung der öden Ländereien und Errichtung von Gebäuden bedurfte es der Erlaubnis des Sipahis, der sonst erstere den Bauern wegnehmen, letztere nieder-

reissen lassen durfte. Nach erteilter Erlaubnis zur Urbarmachung waren derartige Grundstücke 3 Jahre lang abgabenfrei.

Waren aber auch zufolge der prinzipiellen Unveräusserlichkeit der Lehen als Staatsgüter die Lehnsherren nicht im stande, durch Verkauf über die ihnen verliehenen Grundstücke zu verfügen, so konnten doch die Bauern, allerdings nur mit Erlaubnis der Lehnsherren, ihr Erbpachtrecht an andere Bauern veräussern.¹⁾ Dagegen durfte kein Bauer sein Grundstück ohne zwingende Gründe unbebaut lassen, widrigenfalls es ihm von dem Sipahi genommen werden konnte, und ebenso war auch die Umwandlung der von Alters her zur Gemeindeweide bestimmten Ländereien in Ackerland verboten. Wohl aber war es gestattet, dass ein Bauer, wenn er von seinem Lehnsherrn zu wenig Land zu seinem Unterhalte bekommen hatte, dazu noch solches von anderen Lehnsherren übernahm.

Gab ein nichtmuhamedanischer Bauer die Landbestellung auf und begann ein Handwerk, so hatte er dem Sipahi 62 Asper (ca. 3 Mark) sog. Wechselgeld zu entrichten. Nach 15jährigem Aufenthalt eines Bauern in einer Stadt galt er als Städter. Floh ein Bauer von seinem Grundstück auf ein anderes, so konnte er mit Ausnahme der Unterthanen der Vakufgüter und der Passwächter²⁾ binnen 10 Jahren zurückgebracht werden.³⁾

Die Hirten in Bulgarien waren vollständig frei und niemandem unterthan. Siedelten sich aber diese Nomaden in einem Dorfe an, oder gründeten sie ein solches, so wurden sie nach 10jährigen Aufenthalte dem Sipahi, der über den in Betracht kommenden Grund und Boden herrschte, unterthänig.

Neben den Erbpachtländereien gab es auch solche, die zu vollem Eigentumsrecht besessen wurden und Mülk hiessen. Man verstand darunter die in den Städten und Dörfern liegenden Wohnplätze nebst den dazu gehörigen Gärten und Hofräumen, ferner solche Besitzungen, welche

¹⁾ Hammer, a. a. O. I. S. 345.

²⁾ Über diese weiter unten S. 46 und 40.

³⁾ Hammer, a. a. O. I. S. 412.

durch kaiserliche Bestätigung (Mülkname) aus den Staatsländereien ausgeschieden waren, endlich die schon mehrfach erwähnten Krongüter („Châss“) und die geistlichen Güter („Vakuf“). Aus den Erträgnissen der letzteren bezogen die Kirchen und gemeinnützige, mildthätige Anstalten Einkünfte, während diejenigen der Krongüter die Einkünfte der Sultane, der Gemahlinnen derselben, der Beglerbegen, Vesire und Lehnsleute vermehrten.

Besonderes Interesse verdient die Erörterung der Frage nach der Art und dem Umfange der von der bäuerlichen Bevölkerung in jener Periode zu leistenden Steuern und Abgaben.

In erster Linie sind zu nennen die sog. gesetzlichen, d. h. die schon vom Koran verordneten Steuern, die aus Kopf- und Grundsteuer bestanden. Die erstere floss in die Staatskasse und wurde von allen männlichen Nicht-muhamedanern (Rajas) erhoben, wenn sie das 12. Lebensjahr überschritten hatten. Je nach dem Vermögen derselben betrug sie 30 bis 100 Asper (ca. 1,50 bis 5 M.).

Der Grundsteuer unterlagen im Gegensatze zur Kopfsteuer sowohl die Muhamedaner als die Rajas. Sie betrug aber für die ersteren nur den zehnten Teil, für die letzteren $\frac{1}{5}$, ja sogar $\frac{1}{3}$ des Rohertrages und wurde allgemein „Zehnt“ genannt. Sie floss in die Tasche der Lehnsbesitzer, und es wurde ihrer Berechnung der Ertrag an Getreide, Wein, Baumfrüchten, Gartenprodukten, soweit die Gärten nicht unmittelbar die Wohnungen umgaben, ferner an Baumwolle, Flachs, Rosen u. s. w. zu Grunde gelegt.

Daneben bestand noch eine andere Steuer, die sog. Sklavensteuer (Ispendsche), die auf Grund der Vorschrift des Korans, dass dem Staate das Recht auf $\frac{1}{5}$ der Kriegsbeute zustehe, $\frac{1}{5}$ des Wertes eines Sklaven betrug, mit der Zeit aber eine Umwandlung dahin erfuhr, dass sie von Muhamedanern und Rajas erhoben wurde, und zwar von ersteren im Betrage von 25, von letzteren im Betrage von 30 Aspern (1,25 bzw. 1,50 M.) für jeden Mann. Diese Steuer floss in den meisten Sandschaks in die Tasche der Sipahis, in einigen, wie z. B. in Silistrien, in den Staatsseckel.

Sehr schwierig ist es, eine erschöpfende Darstellung der auf weltlichen Gesetzen und Herkommen beruhenden

gutsbäuerlichen Lasten und Steuern im osmanischen Reiche zu geben, und zwar deshalb, weil augenscheinlich die Sipahis mit dem Grundstücke belehnt wurden in der Art, dass ihnen eine gewisse Zahl von Steuern, die auf dem Grund und Boden lasteten, zugleich mit übergeben wurden, die dann eben die gutsbäuerlichen Lasten bildeten. Da nun den einzelnen Sipahis die verschiedensten Steuern überlassen wurden, so kam es, dass die eine Steuer an einem Ort Staatssteuer, an anderen Orten Grundabgabe an die Sipahis war, dass also die Steuern in verschiedenen Orten ganz verschiedene Verwendung fanden und eventuell in ganz verschiedene Kassen flossen. Hierdurch entstand natürlich eine grosse Verworrenheit in der Steuer- und Grundlastenfrage, zumal überhaupt keine Einheitlichkeit im System der Besteuerung herrschte und fast jede Provinz, ja sogar oft jeder einzelne Bezirk oder jedes Dorf einem anderen Besteuerungsmodus unterstellt war. Das einzige authentische Werk über diese Verhältnisse, das unter dem Namen Kütük bekannt ist und aus dem 15. und 16. Jahrhundert stammt, liegt im Archiv in Konstantinopel vergraben und ist der Wissenschaft bis auf den heutigen Tag unzugänglich geblieben, so dass für eine Darstellung der gutsbäuerlichen Lasten in älterer Zeit nur das mehrcitierte Werk von Hammer ¹⁾ zur Verfügung steht.

Nach Hammer gehören zu den durch weltliches Gesetz und Herkommen geordneten Steuern folgende:

1) Eine Grundsteuer, welche sich nicht unwesentlich von der oben genannten Grundsteuer oder dem Zehnt unterschied und in Tapu („Grundpacht“?), Tschift (Hufengeld) und Tenim (Scheffelgeld) zerfiel. Sie betrug je nach den verschiedenen Sandschaks 30 bis 40 Asper für die Hufe, welche zu 100 bis 150 Dölüm von je 1600 □ Schritt ungefähr berechnet war und dem Tagewerk für ein Gespann Ochsen gleichkam. Von dieser Abgabe entfiel der grösste Teil für den Sipahi. Mit Ausnahme von Widdin, wo die Muhamedaner weniger zu zahlen hatten als die

¹⁾ Hammer, des osmanischen Reiches Staatsverfassung und Staatsverwaltung. Wien 1815. I. Bd.

Rajas, war der Betrag dieser Steuer wahrscheinlich für beide Bevölkerungsklassen in der Regel gleich gross.

Ferner hatte jeder Bauer für ein neuerbautes Haus ein sogenanntes Dachgeld von 20 bis 50 Asper (1 bis 2,50 M.) an den Sipahi zu entrichten. Dazu kam beim Besitzwechsel ausser bei einem solchen vom Vater auf den Sohn der oben erwähnte Übertragungszins (Tapu), der aber nicht bezahlt zu werden brauchte, wenn Gärten oder Weinberge von einer Hand in die andere gingen, da diese nicht als landwirtschaftliche Grundstücke angesehen wurden, deshalb auch nicht als Gegenstand des Lehns galten, sondern zum Allod des Bauern gehörten.

2) Eine weitere Steuer war die Ertragssteuer, welche in mehrere Unterarten zerfiel, indem sie als Futtergeld bis zu einem Betrage von 30 % von Getreide, Hafer, Hirse u. s. w. (Salarije) erhoben wurde, ferner von Wiesen als Weidegeld, Überwinterungsgeld und Sommergeld zu bezahlen war. Dazu kam für den Sandschak Nikopolis eine Abgabe von 12 Asper Holz- und Grasgeld für jeden verheirateten Mann und ein Huhn, das jeder Bauer nach der Ernte jährlich seinem Herrn zu geben hatte. Im Sandschak Widdin betrug das Weidegeld 10 Asper, und ausserdem war ein sogenanntes Schafgeld von 1 Asper für zwei Schafe gebräuchlich.

Eine weitere Ertragssteuer war das sogenannte Bienenkorbgeld. Sie betrug je einen Korb von 10 Körben oder $1\frac{1}{2}$ bis 2 Asper für jeden Korb, obwohl auch hierin keine Gleichmässigkeit herrschte und z. B. im Sandschak Widdin 1 Asper von je 4 Körben erhoben wurde.

Endlich wurde noch eine Ertragssteuer von 2 Asper für jedes Schwein, bzw. in Widdin von 32 Asper für jede Schweineherde eingefordert.

Die Nomaden gaben Schafgeld 1 Asper von zwei Schafen, ferner als Weide- und Überwinterungsabgabe für jede Herde von 300 Stück je 1 Schaf und ausserdem ein Hürdengeld von 3 Asper, in den Sandschaks Nikopolis und Silistrien 5 Asper.

Die Wasser- und Windmühlen wurden je nach dem Bruchteil des Jahres, innerhalb dessen sie im Betriebe waren, mit einer Abgabe belegt, welche in den verschiedenen Sandschaks variierte.

Zur Grundsteuer und Ertragssteuer kam

3) die Personalsteuer. Es war dies eine Steuer für den Aufenthalt in einem fremden Sandschak. Sie war verschieden, je nachdem der betreffende Bauer verheiratet oder unverheiratet war, und musste auch dann entrichtet werden, wenn ein Bauer seine Tochter in einen fremden Sandschak verheiratete.

Auch eine Brautsteuer findet sich, indem der Vater einer sich verheiratenden Jungfrau dem Sipahi 6) Asper, die sich wieder verheiratende Witwe ihrem ehemaligen Lehnsherrn 40 bzw. in Silistrien 30 Asper bezahlen musste. Diese Sätze galten nur für die Muhamedaner; die Christen hatten bloss die Hälfte davon zu entrichten.

Neben den erwähnten drei Hauptkategorien von speziell die Landwirtschaft betreffenden Abgaben existierte noch eine Anzahl weiterer, als Gebühren, Strafgelder, Gefälle, Zölle und Mauten, die die landwirtschaftliche Bevölkerung in gleicher Weise wie die Lehnsherren trafen und daher nicht als spezifisch gutsbäuerliche Lasten zu betrachten sind.

Eine besondere Belastung des Bauernstandes bestand darin, dass derselbe verpflichtet war, die ihm auferlegten Naturalabgaben oftmals an weitentfernten Punkten abzuliefern, eine Massregel, die von gewissenlosen Beamten oder Steuerpächtern, wie weiter unten zur Darstellung gelangen wird, in besonderer Weise zu gewinnsüchtigen Zwecken ausgebeutet wurde.

Eigentliche Frondienste brauchten die Bauern ihren Gutsherrn nicht zu leisten, abgesehen davon, dass sie deren Scheunen im stande zu erhalten verpflichtet waren. Dahingegen bestanden Fronverpflichtungen in nicht geringem Masse dem Staate gegenüber. So mussten die Bauern z. B. in Kriegszeiten dem Heere die Fourage liefern und nachfahren oder in das Lager oder die Festung bringen, Korn und Hirse dreschen, beim Festungsbau Dienste leisten und die Thätigkeit der Pioniere soweit als thunlich übernehmen.

Zu diesen Naturallieferungen bzw. Frondiensten, von denen erstere in späterer Zeit in eine Geldabgabe umgewandelt wurden, kamen noch die sogenannten Diwansauflagen, welche in der persönlichen Leistung von Vorreiter-

und Treiberdiensten bei Jagden, vor allem aber in der Stellung der Söhne zum Janitscharenkorps bestanden. Unter allen gesunden, geistig und körperlich entwickelten Knaben im Alter von 7 bis 14 Jahren wurden nämlich in Zeiträumen von je 5 Jahren die tauglichsten ausgehoben, nach Konstantinopel gebracht, dort in den Lehren des Koran unterrichtet und dem Janitscharenkorps eingereiht. Es war dies bekanntlich die Kerntruppe der türkischen Armee, die aber später eine dem türkischen Reiche und seinen Herrschern gefährliche Rolle zu spielen berufen war.

Waren diese vielfachen und willkürlichen Steuern, sowie die Fron- und Diwansauflagen schon an sich drückend genug, so wurden sie speziell für die gutsbäuerliche Bevölkerung dadurch besonders lästig, dass sie grossenteils verpachtet waren, und noch dazu an Juden und Griechen, welche zugleich auch noch bei der Einschätzung thätig waren. Infolgedessen wurden die Steuern oftmals im doppelten, ja dreifachen Betrage ihrer gesetzlichen Höhe festgestellt und beigetrieben. Wie tief die Missbräuche einrissen, geht aus einem Berichte des Reisenden Gerlach (1573 bis 1578)¹⁾ hervor, welcher bezeugt, dass sogar der „Kinderzehnt“ für das Janitscharenkorps mit verpachtet wurde, und die unglücklichen Eltern den gewissenlosen Steuerpächtern oft die schwersten Opfer bringen mussten, um ihre Kinder zu retten.

Man ging sogar so weit, Hofgünstlingen Steuern und Abgaben lebenslänglich gegen Übernahme einer einmaligen Pauschalsumme zu überlassen.²⁾

Von den vorgedachten Steuerlasten waren nicht alle Unterthanen in gleicher Weise betroffen. Insbesondere mögen folgende Steuerprivilegien Erwähnung finden.

Von den ausserordentlichen Diwanslasten waren 8 Dörfer der Salinenarbeiter von Anchiali befreit. Besondere Privilegien genossen ferner die sogenannten Woinischki-sela, welche bei Hammer Woinak genannt werden. Es waren dies Militairkolonien in den Gebirgsgegenden von Srednja-gora am Süd- und Nordabhange des Balkan und im Rhodope

¹⁾ Gerlach „Tagebuch u. s. w.“ p. 305.

²⁾ Zinkeisen, a. a. O. III, p. 793. Hammer, a. a. O. I, 314.

bei Trn und Bjala, deren Einwohner verpflichtet waren, als Pioniere und Trainsoldaten in der Armee zu dienen. Sie wurden in späterer Zeit auch zu persönlichem Stalldienst bei dem Sultan und hohen Hofbeamten der Pforte in Konstantinopel zugezogen, wobei ihnen gleichzeitig das Mähen der Wiesen, das Weiden der Pferde und andere einschlägige Dienste oblagen.

Der Ursprung dieser Woiniks steht zwar nicht vollständig fest, doch vermutet man, dass sie bereits im alten byzantinischen Reiche vorhanden waren, wo es mit Soldgütern belehnte Unterthanen gab, welche zum Kriegsdienste und zur Grenzbewachung verpflichtet waren.¹⁾

Neu belebt und zeitgemäss umgestaltet wurde dann diese Institution (nach Hammer aber erst begründet) im Jahre 1375 durch Sultan Murad I. nach den Vorschlägen des Beglerbegen Timurtasch.

Diese Woiniks hatten weder Kopf- noch Sklavensteuer, noch Zehnt zu zahlen. Auch waren sie von der Schafsteuer befreit, wenn sie weniger als 100 Schafe besaßen; darüber hinaus gaben sie für je 2 Stück nur 1 Asper. Eine Grundsteuer bezahlten sie nur, wenn sie ausser den ihnen angewiesenen steuerfreien Grundstücken (Baština) noch andere Ländereien inne hatten, in welchem Falle sie auch für diese noch eine Ertragssteuer entrichten mussten. Von den ausserordentlichen Fron- und Diwanslasten blieben sie befreit, gelangten aber dafür jedes dritte Jahr zu persönlicher Dienstleistung in der angedeuteten Richtung, so dass sie nach drei Jahresklassen eingeteilt waren. Sie unterlagen einer persönlichen Steuer von je 16 Asper jährlich, der „Kundur aktchissi“, und ausserdem hatte jeder, wenn er zum Kriegsdienst herangezogen wurde, noch 6 Asper zu entrichten. Waren sie verheiratet, und besaßen sie ausser ihrem steuerfreien Grundstück (Baština) noch andere Grundstücke, so hatten sie statt des Zehnten 50 Asper zu bezahlen, ausserdem 12 Asper Graspeld und 25 Asper Sklavengeld (Ispentsche), wogegen die unverheirateten Woiniks in diesem Falle lediglich das letztere zu entrichten hatten.

¹⁾ Novaković „Proniari und Baštinici“, Belgrad 1887, p. 71 ff. (serbisch).

So blieb es bis zum Jahre 1840, in welchem die Woiniks vom Staate genötigt wurden, ihre steuerfreien Grundstücke durch Kauf vom Staate zu erwerben. Dies hatte zur Folge, dass auch der Dienst als Woinik ein freiwilliger wurde. Sie galten nunmehr als Soldaten und erhielten während der Dienstzeit neben Kost eine monatliche Löhnung von 30 Piaster (ca. 5 Mk.).

Dass hierdurch dieses Institut sich verbessert habe, kann man freilich nicht behaupten. Vielmehr waren die jedes Jahr unter einer auf einem offenen Platze in den Dörfern aufgepflanzten Fahne sich zusammenfindenden Freiwilligen meist Abenteurer und arbeitsscheue Individuen, welche auf ihrem Marsche nach Konstantinopel die Dörfer der Unterthanen unbedenklich plünderten.¹⁾

Eine weitere privilegierte Klasse waren die Passwächter (Derbendschi).

Ihnen lag besonders die Sorge für die Sicherheit der Strassen ob, die Bewachung der Pässe und die Verfolgung von Strassenräubern. Zu ersterem Zwecke waren sie mit Trommeln ausgerüstet, um durch deren Ton den Reisenden die Gefahrlosigkeit des Passes anzuzeigen, wobei auf je 30 Familien eine Trommel kam, und die Trommeln natürlich an verschiedenen Orten, besonders am Anfang und Ausgang des Passes, ihren Standpunkt erhielten.

Die Passwächter waren von den oben erwähnten Diwanslasten befreit und hatten statt 25 Asper nur 12 Asper Sklavengeld zu zahlen und ausserdem jährlich noch eine Metze Getreide und eine Metze Weizen zu liefern.²⁾ Es war dies so verlockend, dass, als die Regierung dieselben Privilegien allen denjenigen zusicherte, welche sich in den von den Räubern als Schlupfwinkel benutzten Pässen ansiedelten, nach und nach immer mehr Dörfer dieser Derbendschis entstanden. Ferner sind noch die Grenzwächter zu erwähnen (Martolos) und ihre Gehülfen, welche insbesondere flüchtige Unterthanen aufzusuchen und zurückzu-

¹⁾ Hammer, a. a. O., p. 309 ff. — Jireček, Geschichte der Bulgaren, p. 254 ff. — Derselbe, Das Fürstentum Bulgarien, p. 430; derselbe, Period. Spis. Nr. 9, 1884 (bulg.).

²⁾ Hammer, a. a. O. I. p. 299 ff., p. 313.

bringen hatten (Peremikurs und Kenis). Auch diese waren von allen Auflagen und Lasten befreit.

Zu den privilegierten bäuerlichen Bevölkerungsklassen gehörten endlich die Falken- und Geierjäger (Tughandschi), deren Dörfer im Balkan und Donaugebiet, besonders im Sandschak Widdin, zerstreut lagen, und die von allen Abgaben und Fronden befreit waren. Dagegen lag ihnen ob, für jedes Haus jährlich einen dressierten Falken oder statt dessen 300 Asper zu liefern. Sie standen unter dem Kommando eines Oberfalkners.

Bei diesem Stande der Dinge, sowohl des Lehnswesens, als der eng damit zusammenhängenden Militärorganisation, und besonders auch der geschilderten Finanz- und Steuerwirtschaft machte sich eine gründliche Reorganisation immer mehr nötig. Diese nahm Sultan Selim III. 1789 mit Energie und Klugheit in Angriff, begegnete jedoch dem heftigsten Widerstande, besonders des mächtig gewordenen Janitscharenkorps, dem er schliesslich zum Opfer fiel, ohne dass es ihm geglückt wäre, seine Reformpläne durchzuführen. Vielmehr entstand nach seinem Tode im osmanischen Reiche eine Schreckensherrschaft des Militärs, insbesondere des Janitscharenkorps, bis es Sultan Mahmud II. 1828 gelang, mit der gänzlichen Vernichtung des Janitscharenkorps das Staatsschiff in ein ruhigeres Fahrwasser zu lenken. Allein erst seinem Sohne Sultan Abdul-Medschid (gest. 1861) war es vorbehalten, durch den Hatischerif vom 3. November 1839 das bisherige Lehnssystem vollständig zu reorganisieren und die Agrarverhältnisse im Lande neu zu regeln, indem sämtliche Lehnsländereien dem Staatsfiskus unterstellt wurden, und die gesamten Steuern und Abgaben von diesem Zeitpunkte an in die Staatskasse flossen, während die ihres Lehns beraubten Sipahis mit einer jährlichen Pension abgefunden wurden und an die Stelle der belehnten Truppen eine Rekrutierungsarmee nach französischem Muster unter der Leitung abendländischer Offiziere trat.

Die Reformen Abdul - Medschids waren von grösster Tragweite und zogen sich durch einen Zeitraum von fast 21 Jahren hin.

Ihr Resultat soll im nächsten Abschnitte einer eingehenden Erörterung unterworfen werden.

4. Die Agrarverhältnisse im osmanischen Reiche, speziell in Bulgarien, nach den Reformen Sultan Abdul-Medschids und die weitere Entwicklung derselben bis zur Befreiung von der Türkenherrschaft. (1839—1878).

Zufolge des oben gedachten Hati-Scherifs vom 3. November 1839 trat auf Befehl des Sultans eine Kommission zur Regulierung des Grundbesitzes im osmanischen Reiche zusammen, die in langwieriger, mühevoller Arbeit und unter dem Einfluss der abendländischen Mächte, besonders Englands, Frankreichs und Österreichs, eine Reihe tiefeinschneidender Reformen zeitigte. Hiervon sind besonders zu erwähnen die Ersetzung der Kopfsteuer durch einen Militärtribut, welche am 10. Mai 1855 erfolgte, und die Zulassung der Christen zum Zeugnis in Kriminalprozessen, bei denen Moslemen und Christen beteiligt waren, was besonders der Initiative des englischen Gesandten bei der Pforte, Lord Stratford de Redcliffe, zu verdanken war. Die Arbeit dieser Kommission fand durch die Herausgabe des Reichsagrargesetzes vom 21. April 1858 ihren Abschluss.

Weitergehende Bestrebungen der abendländischen Grossmächte und insbesondere des genannten Lord de Redcliffe, die christliche Bevölkerung im osmanischen Reiche mit der muhamedanischen dadurch zu verschmelzen, dass sie zum Dienst im stehenden Heere und zum Staatsdienst herangezogen würde, scheiterten an den Grundsätzen des Korans, wonach alle Ungläubigen als Rajas dem Vieh gleichstanden, und an der Befürchtung der Pforte, dass die Waffen in den Händen der Christen sich leicht gegen die Muhamedaner wenden möchten.

Das erwähnte Agrargesetz vom 21. April 1858 theilte nun sämtliche Ländereien im osmanischen Reiche in 5 Klassen ein, und zwar in

a) solche, welche im vollen Eigentum von Privatpersonen sich befanden (Mülk oder Memlüke),

b) Staatsländereien (Mirijè),

c) Ländereien der Kirche und gemeinnütziger Anstalten (Mefküfè oder Vakuf),

d) zum öffentlichen Gebrauche bestimmte Ländereien (Metruké) und

e) unangebaute und unproduktive Ländereien (Mewat).

Diese fünf Klassen sollen nachstehend genauer präzisiert werden.

a) Unter Mülk verstand man, wie in früherer Zeit, die in Städten und Dörfern liegenden Wohnplätze nebst dazu gehörigen Gärten und Hofräumen und solche Ländereien, die durch kaiserliche Bestätigung (Mülkname) aus den Staatsländereien ausgeschieden und in Privateigentum umgewandelt waren. Ferner die schon erwähnten Ländereien, welche zur Zeit ihrer Eroberung in den Besitz von Mosleimen kamen (Zehntgüter), und diejenigen, welche den nicht muhamedanischen Besitzern bei ihrer Unterwerfung als volles Eigentum gegen Zahlung von Grund- und Ertragssteuer (Charadsch) belassen worden waren (Steuergründe). — Beim Fehlen von Erben fällt der Mülk an den Staat, und wird der Klasse des Mirijè einverleibt. Die zum „Mülk“ gehörigen Ländereien sind dem bürgerlichen Gesetze entzogen und den Bestimmungen des Codex der religiösen Rechtswissenschaft unterworfen.

b) Als Mirijè fasste man das Eigentum des Staates an Ackergrundstücken, Wiesen, Sommer- und Winterweiden zusammen, die früher Gegenstand des Lehnsbesitzes gewesen waren, und deren Nutzungsrecht nunmehr durch Dekret besonderer hierzu bestellter Beamten zu erlangen war und nur selten von einer Hand in die andere überging. Befanden sich diese Ländereien im Bezirke eines Dorfes, so konnte das Nutzungsrecht daran nicht der Gemeinde als solcher, auch nicht einigen von dieser vorgeschobenen Personen überlassen werden, sondern nur den Ortsangesessenen als einzelnen Privatpersonen.

Die Kultur dieser Ländereien stand zwar im allgemeinen in dem Belieben der Nutzungsberechtigten; allein ohne besondere behördliche Erlaubnis durften Wiesen nicht zu Ackerland umgewandelt werden, während umgekehrt die Ausrottung von Wäldern und die Urbarmachung von Waldgrundstücken keiner solchen Erlaubnis bedurften.

Nach zehnjährigem Besitze konnte ein solches Grundstück dem Niessbraucher nicht mehr unter der Begründung,

er habe es ungerecht erworben, entrissen werden, ausser wenn der den ungerechten Besitz Anfechtende beweisen konnte, er sei während dieses Zeitlaufes unmündig, krank oder abwesend gewesen, oder wenn der Besitzer ausdrücklich zugestand, den Niessbrauch ungerecht erworben zu haben. Gelang es aus einem dieser Gründe oder wegen nicht abgelaufener zehnjähriger (Ersitzungs-)Zeit, ein solches Grundstück seinem Besitzer zu entreissen, so stand demselben kein Anspruch auf irgend eine Entschädigung zu.

Die Folgen der Umwandlung der Grundstücke in Frucht- oder Weingärten ohne behördliche Erlaubnis bestanden darin, dass die Behörden diese Kulturen vernichten konnten, falls die Neukulturen noch nicht drei Jahre alt und innerhalb dieser Frist noch nicht Früchte getragen hatten. In letzterem Falle stand dem Staate nur das Recht auf den Zehnten des Ertrages zu. Der Grund und Boden selbst fiel wieder in die freie Verfügungsgewalt des Staates zurück, wenn die Pflanzung durch Trockenheit oder Verwüstung völlig vernichtet wurde. Die Behörde konnte dann das Niessbrauchsrecht anderweit vergeben, doch hatte der bisherige Besitzer resp. seine Erben dabei ein Vorkaufsrecht.

Auch die Berechtigung von Bauten auf Staatsländereien war von obrigkeitlicher Genehmigung abhängig, und zwar erteilte diese Erlaubnis die Ortsbehörde für Bauten in angesiedelten, und der Sultan selbst für solche in noch nicht besiedelten Gegenden.

Was die Bestellung dieser Ländereien anlangt, so gehörten zwar gepflanzte Bäume demjenigen, der sie gepflanzt hatte; Bäume aber, die auf Staatsland wild wuchsen, gehörten dem Staate, und der Niessbraucher des betr. Grund und Bodens hatte kein Recht auf deren Aneignung ohne Entgelt dafür.

Doch war auch dies nicht ohne Ausnahme; denn bei den vom Staate verliehenen Waldgrundstücken war die Entnahme von Brennholz als Teil des naturgemässen Niessbrauchs gegen Abgabe einer Steuer gestattet.

Die Veräusserung solcher verliehenen Staatsländereien stand dem Besitzer vorbehältlich der Erlaubnis der zuständigen Beamten zu, wobei jedoch dem Besitzer von Baulichkeiten und Bäumen auf fremdem Grund und Boden ein

Vorkaufsrecht auf diesen Grund und Boden gesetzlich eingeräumt war, welches er 10 Jahre lang ausüben durfte. Ein weiteres Vorkaufsrecht hatten die Markgenossen.

Auch ein Erbrecht bezüglich des Niessbrauches an diesen verliehenen Staatsländereien wurde gesetzlich anerkannt, und zwar waren zur Erbschaft die Söhne und Töchter, in deren Ermangelung der Vater und eventuell die Mutter des Beliehenen berufen.

Beim Vorhandensein einer schwangeren Witwe war der Besitzübergang bezw. die Teilung bis nach deren Niederkunft zu verschieben. Abwesenden Erben wurde ihr Erbrecht drei Jahre lang gewahrt, worin man unschwer die justinianische dreijährige Ersitzungsfrist von Erbschaftsachen erblicken kann. Andererseits fand aber ein Erbgang bereits dann statt, wenn der Besitzer drei Jahre lang abwesend und sein Aufenthalt unbekannt war. In diesem Falle fiel beim Mangel von Erben das Niessbrauchsrecht des Erblassers an den Staat zurück, der es anderweit veräußerte. Auf die Erstehung stand dann den nicht erbberechtigten Verwandten ein Vorkaufsrecht zu.

Dieses engbeschränkte Erbrecht wurde durch die Gesetznovelle vom 21. Mai 1867 zu Gunsten der Enkel, Vettern, überhaupt der entfernteren Cognaten und des andern Ehegatten erweitert, erstreckte sich aber nie auf Personen des anderen Glaubens, sodass bei Glaubensverschiedenheit des Erblassers und des Erben das Heimfallsrecht des Staates wirksam wurde.

Die bereits früher in Kraft gewesene Bestimmung, dass niemand sein Grundstück ohne zwingenden Grund bei Vermeidung des Verlustes seines Besitzrechtes unbebaut lassen dürfe, behielt die medschidsche Gesetzgebung bei, indem sie als Entschuldigungsgründe nur die Beschaffenheit des Bodens, welche eventuell ein längeres Brachliegen des Grundstücks erforderte, sodann dauernde Überschwemmung desselben und Gefangenschaft des Besitzers gelten liess.

Jedoch war dabei dem Besitzer ein Wiedererwerbsrecht eines auf diese Weise verloren gegangenen Grundstücks gegen Entrichtung einer Übertragungsgebühr (Tapu) eingeräumt. Bevormundeten Personen konnte ihr Grundbesitz wegen dreijähriger Nichtbebauung nicht entrissen werden,

vielmehr konnte die Behörde das betr. Grundstück nur dritten Personen in Pacht geben, in welchem Falle die Pachtsumme dem Vormunde zu Gunsten seines Mündels zustand.

Den Nutzniessern solcher zu den Staatsländereien gehörenden Grundstücke wurde auf Grund der von den Lokalbehörden geführten Rechenschaftsberichte in der kaiserlichen Kanzlei in Konstantinopel eine mit dem Namensstempel des Sultans (Tugra) versehene Urkunde „Tapu“ über die Besitzverleihung, die Grösse, den Wert und die Lage des verliehenen Grundstücks ausgestellt, und es musste beim Besitzübergang durch Verkauf oder Verschenkung eine Besitzübergangsurkunde gegen eine Abgabe von 5 % des Wertes erwirkt werden, während bei Verpfändung eine Abgabe von $2\frac{1}{2}$ % des Wertes zu entrichten war.¹⁾

c) Die Ländereien der Kirche und der gemeinnützigen Anstalten (Vakuf) teilt man nach ihrer Entstehung ein in solche Ländereien, die aus ursprünglich privatrechtlichem Eigentum (Mülk) nach den Vorschriften des Korans in Vakuf, also in geistliche oder gemeinnützige Stiftungen verwandelt wurden, unter besonderer Verwaltung standen, nach Dispositionen des Stifters verwaltet und durch die bürgerliche Gesetzgebung nicht beeinflusst wurden, sog. eigentliche Vakufs. Ferner in die nicht eigentlichen Vakufs, das sind Ländereien, die ursprünglich zum Mirijè gehörten und von den Sultanen oder mit Erlaubnis derselben von Privatpersonen zu Vakuf umgewandelt wurden dergestalt, dass nicht das Eigentum an ihnen der damit bedachten Stiftung zustand, sondern nur ihre Revenüen zu deren Unterhaltung verwandt wurden. Daneben existiert noch eine Art ungesetzlicher Vakufs (Vakuf-adi), welche Murdgea d'Ohsson²⁾ Lehnsvakuf nennt, und die dadurch entstanden, dass der Eigentümer eines unbeweglichen Gutes dasselbe irgend einer Moschee gegen Herauszahlung einer Summe von $\frac{1}{10}$ — $\frac{1}{15}$ des Taxwertes abtrat, es aber trotzdem in seinem Besitze behielt und nunmehr 10—15 %

¹⁾ Statut für die Tapu im osmanischen Reiche vom 31. Dez 1858.

²⁾ Allgem. Schilderung des osmanischen Reiches, Leipzig, 1788, I. p. 524.

der erhaltenen Summe als Pachtsumme an die Moschee bezahlte.

Die erstgedachte Klasse der eigentlichen Vakufs kommt, da sie dem bürgerlichen Gesetze entzogen ist, hier nicht näher in Betracht. Auf die nichteigentlichen Vakufs findet die oben zur Darstellung gelangte Agrargesetzgebung bezüglich des Verkaufs, der Verpachtung und der Vererbung der Staatsländereien analoge Anwendung, nur dass alle bei dieser Gelegenheit anfallenden Beträge anstatt in die Staatskasse in die Vakufverwaltung zu fließen haben. Allerdings giebt es auch Vakufs, deren Ertrag in die Staatskasse fließt, und von denen lediglich die Abgabe für den Besitzwechsel bestimmten Anstalten zukommt, und endlich auch solche, welche im Eigentum des Staates bleiben, und deren gesamter Ertrag für fromme oder gemeinnützige Zwecke bestimmt war. In letzterem Falle erfolgte die Bewirtschaftung oder Verpachtung seitens der Vakufverwaltung selbst, während im übrigen bei dem Vorhandensein eines Stifters dessen Intentionen für die Verwendung des Abwurfs der Stiftung stets massgebend waren.

Die Stiftung von Vakufs bezweckte aber keineswegs ausschliesslich die Unterhaltung von Moscheen, sondern verfolgte alle erdenklichen gemeinnützigen Zwecke, z. B. den Unterhalt von Krankenhäusern, Schulen, Kirchhöfen, Karawansereien, Begründung und Herstellung von Bädern, Brücken, Strassen und deren Instandhaltung, sodass der Stifter sich sowohl von geistlichen als auch weltlichen Interessen bei der Begründung des Vakufs leiten lassen konnte. Aber selbst die Verfolgung eigennütziger materieller Interessen war dabei keineswegs ausgeschlossen. Denn durch die Bestimmung eines Gutes zum Vakuf wurde dasselbe unveräusserlich, unantastbar und von allen Staatslasten befreit, weshalb begüterte Leute, die befürchten mussten, dass ihnen zufolge hoher oder höchster Ungnade ihre Ländereien entrissen würden, da sie ja der Willkür der Beamten stets mehr oder weniger ausgesetzt waren, mit Vorliebe ihren Besitz in Vakuf verwandelten. Sie konnten dies umsomehr ohne Schädigung eigener Interessen thun, als sie bereits in der Stiftungsurkunde einen Verwalter dieses Vakufs bestellen durften in ihrer eigenen

Person und in ihren nächsten Angehörigen. Auch Substitutionen für wegfallende Verwalter konnten sie bereits in der Stiftungsurkunde vorsehen. Die Einkünfte brauchten auch keineswegs der Stiftung allein zuzufliessen, sondern der Stifter durfte sich und seiner Familie den grössten Teil derselben vorbehalten. Ja es war sogar zulässig, dass er die Grösse des für die Stiftung zu verwendenden Anteils der Revenüen dem Ermessen des jeweiligen Verwalters (Mütewelly) anheimstellte und hierdurch sich fast den ganzen Ertrag des Gutes sicherte, ohne den Nachteilen und Gefahren des Privatbesitzes ausgesetzt zu sein.

Derartige Vakufs mit verschiedenster Bestimmung gab es in Bulgarien bis in die neueste Zeit achtzehn von bedeutenderem Umfange, und zwar in Nordbulgarien drei, in Südbulgarien (Ostrumelien) fünfzehn. Ihre Aufzählung im einzelnen möchte hier zu weit führen.

Was die oben gedachten sogenannten ungesetzlichen oder Lehns-Vakufs anlangt, so ging bei dem Tode des Eigentümers des betreffenden Grundstücks dasselbe auf seine Descendenz über; bei dem Nichtvorhandensein von Descendenz fiel es jedoch in das volle Eigentum der damit bedachten Moschee oder Stiftung. Das Recht des Anfalls an dritte Personen konnte jedoch in der Stiftungsurkunde gegen Bezahlung besonderer, nicht erheblicher Abgaben vorbehalten bleiben, so dass für den Begründer desselben der Vorteil darin bestand, dass ein Gut wegen Verschuldung nicht subhastiert oder zu Gunsten des Staates confisciert oder von mächtigen Personen usurpiert werden konnte, während er trotzdem die Dispositionsfreiheit über dasselbe fast völlig behielt.

Unter diesen Umständen ist es erklärlich, dass die Ausdehnung der Vakufs im Laufe der Zeit ganz bedeutend zunahm, und dass man den dritten Teil des gesamten Grund und Bodens als Vakuf schätzte. Natürlich musste dies einen höchst nachteiligen Einfluss auf die Staatsfinanzen im Gefolge haben. Diese Zustände veranlassten daher Mahmud II., durch einen Hati-Scherif vom 30. Juni 1826 die Verwaltung sämtlicher Vakufs der Kontrolle der Staatsbehörden zu unterstellen, nachdem der Widerstand der Geistlichen die Durchführung weiterer Pläne, nämlich

die Umwandlung der Vakufländereien in Staatsländereien, verhindert hatte.

Diese Organisation, welche auch die Gründung eines besonderen Vakufministeriums (Evkaf-nasiri) im Gefolge hatte, war mit ganz bedeutenden Kosten verknüpft. Die Summe, die der Staat jährlich an die Vakufberechtigten zu zahlen hatte, belief sich auf $12\frac{1}{2}$ Millionen Piaster (ca. 2 Millionen Mark). Jedoch wurde hierdurch eine weit grössere Sicherheit im Eigentum geschaffen und die Bildung der für das Staatswesen offenbar schädlichen Vakufs seit jener Zeit wesentlich beschränkt, wenn nicht unmöglich gemacht.

Eine Reihe weiterer Gesetze ordnete das Erbschafts- und freie Verfügungsrecht über die nicht eigentlichen Vakufs, so dass diese jetzt von den Erbpächtern verpfändet, verkauft oder auch wegen Schulden subhastiert werden konnten und sich infolgedessen von den Staatsländereien (Merijè) betreffs des Besitzes nicht mehr unterschieden.¹⁾

d) Zu den dem öffentlichen Gebrauche dienenden Ländereien (Metruké) gehören ausser den öffentlichen Wegen und freien Plätzen besonders die für den unentgeltlichen Gebrauch der Dorfgemeinden bestimmten Ländereien, hauptsächlich die Gemeindeweiden und der Gemeindewald.

Die Benutzung der letzteren stand ursprünglich nur den Bewohnern der respektiven Dörfer zu. Sie waren unveräusserlich und der Verpachtung entzogen, durften auch nicht zu Ackerland verwandelt werden.

Bei beschränktem Weideland einer Gemeinde konnten derselben Weiderechte in den Staatswäldern verliehen werden, die jedoch dadurch nicht zu Metruké wurden. In diesem Falle war der Dorfvorsteher verpflichtet, den Forstbeamten jährlich eine Nachweisung über die zu weidenden Viehhäupter der Ortseingesessenen vorzulegen und die Bewachung der Herden einem besonderen Hirten zu übertragen.²⁾

¹⁾ Zu vergl. die Gesetze v. 12./24. April 1867, v. 10./22. April 1867, Novelle v. 2./14. Febr. 1869, Gesetz v. ^{19. Nov.} 1. Dez. 1869, v. 15./27. Dez. 1869, Gesetz v. ^{22. Aug.} 3. Sept. 1870.

²⁾ Gesetz über die Wälder im osmanischen Reiche vom Jahre 1869, Art. 13 u. 15.

Die einzelnen ortseingesessenen Bauern waren in der Zahl des auf die Gemeindeweiden zu treibenden Viehes unbeschränkt, sobald dieses Vieh nur ihr Eigentum war. Ein neuer Ansiedler erlangte sofort dasselbe Recht unter der Bedingung, dass er hierdurch die früheren Ortseingesessenen nicht beschränkte, und der Käufer eines bäuerlichen Grundstücks erwarb durch den Kauf zugleich das Recht auf eine mindestens ebenso grosse Zahl des zu weidenen Viehes, als sie sein Rechtsvorgänger gehabt hatte.

Die einzelnen Gemeindemarkungen (Mera oder Zemlište) sind genau durch Gräben, Marksteine oder Bäume kenntlich gemacht, und der Hirt hat diese Grenzen, Mežda oder Sinor genannt, genau zu respektieren.

e) Als unangebaute und herrenlose Ländereien (Mewat) galten solche, welche sich im Besitze keiner Privatperson und auch nicht im Gemeindebesitze befanden, und auf Rufesweite, also etwa $\frac{1}{2}$ Stunde, von dem nächsten bewohnten Orte entfernt waren.

Dieses Land konnte jeder nach Bedürfnis mit behördlicher Erlaubnis in Kultur und Besitz nehmen und entrichtete, wenn es steinig war, zwei Jahre, andernfalls ein Jahr lang keinen Zehnt, sowie keine Übereignungsgrundsteuer (Tapu), sondern nur drei Piaster Schreibgebühren. Man musste aber nach eingeholter behördlicher Erlaubnis bei Vermeidung des Verlustes seines Rechtes dieses Land spätestens innerhalb dreier Jahre kultivieren. Nahm man derartiges Land ohne behördliche Erlaubnis in Kultur, so war dies ebenfalls gesetzlich zulässig, es musste aber dann davon die Übertragungs-Grundsteuer (Tapu) bezahlt werden.

In den zu keiner Gemeinde gehörigen öffentlichen Waldungen durfte jeder Heu mähen und Holz schlagen ohne besondere behördliche Erlaubnis und ohne eine Abgabe hierfür entrichten zu müssen, eine Bestimmung, die jedoch durch das Gesetz vom Jahre 1869 dahin verändert wurde, dass das Holzschlagen zu eigenem Bedarfe zwar unentgeltlich geschehen durfte, zum Zwecke des Verkaufs jedoch an eine staatliche Abgabe gebunden sein sollte.

Das Viehweiden auf unbebauten Ländereien in der Nähe bewohnter Orte seitens Fremder war ebenfalls von einer staatlichen Abgabe abhängig und stand nur den nächstliegenden Ortseingesessenen unentgeltlich zu.

5. Die Reform des landwirtschaftlichen Steuerwesens nach der Lehnorganisation Sultan Abdul-Medschids.

Die Reformen unter Abdul-Medschid und seinen Nachfolgern in Bezug auf das Steuerwesen hatten unter anderem zur Folge, dass nicht mehr die Lehnsherren, sondern der Staat der allein Bezugsberechtigte wurde.

Die hauptsächlichsten direkten Abgaben waren nunmehr:

a) der bisherige Zehnt von den Erträgen der Felder (Juschur),

b) eine 4 % Grundsteuer (Emeljak),

c) eine an die Stelle der Kopfsteuer tretende Militärsteuer (Bedel, Nisamije), die von allen Nichtmuhamedanern zu entrichten war und heutzutage im türkischen Reiche 40 Piaster (ca. 6,40 Mk.) für jeden männlichen Unterthan ohne Rücksicht auf Alter und Vermögensstand beträgt,¹⁾

d) eine Viehsteuer, die sich auf 6 Piaster jährlich für jedes Schaf und auf 3 Piaster für jedes Schwein beläuft,

e) eine Einkommensteuer (Tedscharet), welche besonders wegen ihrer höchst ungleichartigen und ungerechten Verteilung drückend war und viel Unzufriedenheit erregte, die aber in derselben Art im türkischen Reiche noch heute besteht,

f) eine zur Instandhaltung der öffentlichen Strassen bestimmte Abgabe von 16 Piastern für jede Haushaltung.

Daneben gab es noch eine Anzahl nicht speziell die Landwirtschaft betreffender Steuern, die zum Zwecke der Unterhaltung der Schulen dienten oder für die Erlaubnis zum Heiraten (16 Piaster) oder für jede Geburt (2 Piaster) zu entrichten waren, und eine grosse Anzahl indirekter Steuern, besonders bei der Übertragung von Landbesitzungen (Intikaliye, Tapu-Parassi), welche für Bulgarien neu geregelt wurden, im türkischen Reiche noch heute im Gebrauche sind und z. B. bei dem Erbfall von Vakufländereien 15 % bei einem Übergang auf die Descendenz, 30 % für die

¹⁾ „Weles in Gegenwart u. Vergangenheit“, Periodische Zeitschr. der litterarischen Gesellsch. in Sofia; Sofia 1892, No. 39 (bulg.).

Besitzübertragung an Verwandte zweiten Grades, 40 ‰ bei Übergang an eine Person dritten, und von 50 ‰ für die Erbberechtigten bis zum 7. Grade beträgt, während für den Verkauf von Vakufländereien 3 ‰, bei Verpfändung derselben 5 ‰ des Wertes zu entrichten waren.¹⁾

Besonders drückend war der Zehnt, und ist es im türkischen Reiche noch heute wegen der Verpachtung desselben und der bei seiner Erhebung eingerissenen Missbräuche.

Er betrug im Jahre 1864 $\frac{1}{10}$ des Rohertrages, von 1864—1874 $\frac{1}{8}$ und von 1875 an wieder $\frac{1}{10}$ desselben, und heutzutage in der Türkei $11\frac{1}{2}$ ‰. Er wird stets in Naturalien erhoben.

6. Die Entstehung des Grossgrundbesitzers, der Abhängigkeit der Bauern von den Grossgrundbesitzern und die Bildung eines landwirtschaftlichen Tagelöhnerstandes im osmanischen Reiche, speziell in Bulgarien.

Die Unvererblichkeit der grossen und kleinen Lehen und fortwährende Konfiskationen verhinderten im türkischen Reiche die Bildung grösserer Gutskomplexe, sodass die den abendländischen Grossgrundbesitzungen analogen Čifliks mit diesen in Bezug auf Umfang in keiner Weise konkurrieren können, da sie einen Flächengehalt von 240 ha selten überschreiten.

Diese Čifliks (im engeren Sinne) fanden sich in grösserer Anzahl nur im Westen Bulgariens, nämlich im Kreise von Küstendil, in Südostbulgarien, nämlich in der Ebene von Stara-Zagora und zum Teil auch im Kreise Widdin, während sie in den übrigen Gegenden des heutigen Fürstentums Bulgarien nur in verschwindender Anzahl vorkommen.

Der Entstehungsgrund dieser Čifliks ist für die älteste Zeit unbekannt, und insbesondere ist auch unbekannt, ob sie auf dieselbe Zeit wie die Bildung der Grossgrundbesitze in Bosnien zurückgehen. Fest steht nur, dass eine grosse Zahl von ihnen durch die Umwandlung der Lehns-

¹⁾ Gesetz vom Jahre 1875.

güter in freies Eigentum entstand, welche besonders infolge des Verfalls des türkischen Lehnssystems von 1794—1804 und während der serbischen Befreiungskriege von 1804—1813 stattfand. In diesen Zeiten waren Grundstücke zu jedem Preise zu erlangen, und namentlich die Mitglieder des Janitscharenkorps benutzten vielfach diese günstige Gelegenheit.¹⁾

Ferner war die Überschuldung des Bauernstandes der Bildung von Grossgrundbesitz günstig. Hieraus entstanden aber keine Čifliks im engeren Sinne, sondern sogenannte Herrengüter, die man im türkischen Reiche allerdings auch zu den Čifliks im weiteren Sinne rechnet. In vielen Fällen beruht ihre Entstehung in späterer Zeit darauf, dass entweder der Lehnbesitzer oder dritte vermögende Personen, aus irgend welcher Veranlassung dem verschuldeten Bauernstande Summen zur Bezahlung rückständiger Steuern oder zur Entrichtung des sogenannten Blutgeldes (Krvnina) für auf ihrem Grund und Boden Erschlagene vorgeschossen hatten, und dass die ratenweise Zurückzahlung des Vorschusses schliesslich zu einer dauernden Abgabe (Kessim genannt) wurde, die, anfangs unbedeutend, im Laufe der Zeit mehr und mehr gesteigert wurde. Oder aber: mächtige Agas sandten ihre Viehherden in Dorfgebiete und zwangen die Bauern, für den so erhaltenen Dünger Naturalabgaben in Getreide, Butter u. s. w. zu leisten. Kam nun noch hinzu, dass die Agas die Besitzurkunden der Bauern eigenmächtig und rechtswidrig vernichteten und sich hinterlistig selbst Besitzurkunden über den Grundbesitz der Bauern verschafften, so war ein derartiges Herrengut entstanden, selbst wenn, wie das bei neueren Bildungen dieser Art der Fall ist, alle älteren Dorfbewohner das ungesetzmässige Zustandekommen desselben aus eigener Anschauung kannten.

Die ackerbautreibende Bevölkerung solcher Herrengüter, welche man Kessimdžis nannte, befand sich nun aber im vollen Eigentum ihrer Wohnung und musste, wenn sie dieselbe verliess und fortzog, von dem Besitzer des Herrengutes entsprechend entschädigt werden. Sie war während 35—40 Tagen jährlich frondienstpflichtig in

¹⁾ Novaković, Proniari und Baštini, p. 92 ff. (serbisch).

Bezug auf landwirtschaftliche Arbeiten, eine Verpflichtung, die später vielfach auf Grund gütlichen Übereinkommens durch Geld abgelöst wurde.

Auch entstanden derartige Herrengüter zuweilen dadurch, dass sich die Landbewohner freiwillig zum Schutze ihres Eigentums gegen räuberisches Gesindel oder um Befreiung von persönlichen Diensten, und von Leistungen, wie z. B. der Transport von Kriegsmaterialien und Naturalabgaben war, einem Herrn unterwarfen und diesem Abgaben zahlten.

Der Unterschied also zwischen den Čifliks im engeren Sinne und diesen Čifliks im weiteren Sinne bestand demnach darin, dass der Eigentümer eines Čifliks den Grund und Boden desselben ganz oder in Parzellen veräußern durfte, während dem Besitzer eines Herrengutes nur die Veräußerung des „Kessim“ gestattet war. Letzteres konnte derart geschehen, dass in einem und demselben Dorfe mehrere Herren bezugsberechtigt wurden, und dass der Kessim also örtlich geteilt wurde, was für die Bauern derartiger Herrengüter besonders lästige Folgen hatte.

Während sich nun die Čifliks hauptsächlich in West- und Südost-Bulgarien fanden, treffen wir die vorgedachten Herrengüter ausschliesslich in Westbulgarien, besonders in der Okolija von Izwor, in der Ebene von Küstendil und auch in der Okolija von Dupniza. Ein einziges findet sich in der Okolija von Kutloviza.

Zwischen den Dörfern der Kessimdžis lagen wieder einzelne freie Dörfer, ja in den einzelnen Kessimdžis - Dörfern gab es sogar einzelne freie Häuser.¹⁾

Zwischen den Bauern der Čifliks und der Herrengüter bestand nun der Unterschied, dass erstere etwa mit landwirtschaftlichen Knechten zu vergleichen waren, welche ohne eigenen Besitz jederzeit entlassen werden konnten, und bei denen eine Vererbung auf ihre Verwandten schon deshalb ausgeschlossen war, weil sie eigenen Grund und Boden gar nicht besaßen, letztere aber von ihrem Grund-

¹⁾ Jireček und Sarafov, Rapport der in den Küstendiler Kreis zur Untersuchung der Lage der landlosen Bauern entsandten Kommission. Sofia 1880 (bulg.).

herrn nicht vertrieben werden konnten, ihr Grund und Boden ihnen nicht genommen werden durfte, und der durch Kauf oder Erbschaft neu eintretende bäuerliche Besitzer lediglich zur Entrichtung des Kessims, gerade wie sein Rechtsvorgänger verpflichtet war. Der Kessim war also keine persönliche Abgabe, sondern eine auf Grund und Boden ruhende Last zu Gunsten des Herrengutsbesitzers. Damit hing innig zusammen, dass der Herrengutsbauer in seiner Kultur ebenso unbeschränkt war, wie in dem Recht seines Besitzes, und dass er einer anderen Verpflichtung als der zur Entrichtung seines Kessims, zur Zahlung der Staatssteuern und zur Leistung persönlicher Fronden, soweit diese nicht abgelöst waren, nicht unterlag.

Ausser den vorgedachten Kessimdžis giebt es noch zwei Kategorien von Personen, welche den Boden bearbeiten: die sogenannten Teilbauern (Ispolžija oder Ispolitschar) und die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter.

Die erstere dieser beiden Klassen stellte ihrerseits gewöhnlich die Arbeitskraft, der Grundbesitzer seinerseits gab ausser dem Lande auch das Inventar und die zur Bestellung nötige Saatfrucht. Von dem erzielten Ertrage waren zunächst der Zehnt und die Steuern zu berichtigen und die Aussaat in Abzug zu bringen, worauf der Restbetrag zwischen Grundherrn und Teilbauern gleichheitlich geteilt wurde.

In ein solches Teilbauer-Verhältnis traten auch Bauern mit eigenem Lande, deren Zeit durch Bewirtschaftung des letzteren nicht voll in Anspruch genommen war. Besassen sie keine eigenen Häuser, so siedelten sich die Teilbauern auf dem Gute ihres Herrn an, sodass aus solchen Ansiedelungen oft ganze Dörfer entstanden. Sie bearbeiteten nicht nur Feldgrundstücke, sondern auch Weinberge, Gärten u. s. w. Die Bestimmungen über die Teilung des nach Abzug des Bestellungsaufwandes verbleibenden Betrags sind sehr mannigfaltige, doch kann als Regel festgehalten werden, dass eine gleiche Teilung des Ertrages zwischen dem Teilbauern und seinem Herrn das Übliche ist, dass aber ersterer bei geringerer Fruchtbarkeit des Bodens nicht selten $\frac{2}{3}$ des Ertrags für sich beanspruchen konnte und nur $\frac{1}{3}$ dem Grundbesitzer zufiel.

Derartige Teilbauern fand man hauptsächlich auf den Čifliks im Kreise von Küstendil, Stara-Zagora, Widdin u. s. w., aber auch auf vielen kleineren Gütern, besonders am Nordabhange des Balkan, wo Mangel an Land herrscht, und die Grundbesitzer die Landwirtschaft nicht selbst betreiben.

Obwohl also diese Teilbauern der Regel nach nicht eigenen Grund und Boden haben, so steht doch denen am Nordabhange des Balkan, die hier Kolibare oder Zagorzi heissen, trotzdem vielfach das Recht zu, einige Schafe, eine Kuh und Geflügel für sich zu halten. Sie wohnen dort familienweise oder in Gruppen von zwei Familien zusammen. Ihre erwachsenen Söhne und Töchter wandern gewöhnlich als Lohnarbeiter oder Teilbauern nach andern Ortschaften aus, wenn es ihnen nicht gelingt, am Orte Land zum Bebauen zu erwerben.

Besonders möchte zu bemerken sein, dass sich das Institut der Teilbauern nur auf Herkommen und Gewohnheit gründet und einer gesetzlichen Regelung entbehrt, deshalb aber auch in den verschiedenen Gegenden des Landes eine verschiedene Gestaltung angenommen hat.

Die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter (Rataj, Argatin oder Momok = Bursche) werden gewöhnlich auf bestimmte Zeiträume (halbe oder ganze Jahre) und zwar meist am Tage des hl. Georgius oder Demetrius (23. April bez. 26. Oktober alten Stils) unter verschiedenen Bedingungen gemietet.

Als gewöhnliche Bestimmung gilt, dass sie ihren Lohn teils in baarem Gelde, teils in Naturalien empfangen, zuweilen auch anstatt eines Teiles des Lohnes ein Grundstück zur eigenen Bewirtschaftung erhalten. Sie besitzen bisweilen auch kleine Stücke eigenen Landes, deren Anbau ihre Thätigkeit nicht voll absorbiert, können auch in eigenen Häusern wohnen, während es allerdings Regel ist, dass sie in den ihnen auf dem Grundstücke ihres Dienstherrn angewiesenen Hütten leben. Der jährliche Lohn eines derartigen Arbeiters, der ausserdem die volle Kost erhält, schwankt in Stara-Zagora z. B. zwischen 800 und 1200 Piaster. Bei geringerem Lohne erhält er in dieser Gegend, wie oben erwähnt, ein Stück Land zur eigenen Bewirt-

schaftung (Paraspur),¹⁾ das er mit den Geräten seines Herrn in der Regel in einem Zeitraume von zwei Tagen bearbeitet.

In andern Dörfern desselben Kreises bekommt der landwirtschaftliche Lohnarbeiter nur 300—500 Piaster Lohn, 15—16 Kilo (zu je 56 Kilogramm) Getreide als Kost für sich und seine Familie (Emelik) und 2—3 Kilo Getreide zur Aussaat für sein Paraspur. In der Okolija Sejmen ist es dagegen üblich, dem landwirtschaftlichen Lohnarbeiter samt seiner Familie 10 Kilo gemischtes Getreide, 2 Kilo Korn, 12 Oka (ca. 15 Kilogramm) Salz, 3 Oka Öl und Leder für Bundschuhe zu geben.²⁾

Die Lage dieser landwirtschaftlichen Arbeiter war somit im ganzen eine erträgliche. Zuweilen wurden sogar den Kindern und Frauen besondere Löhne für ihre Arbeit gezahlt. Häufig mussten sie allerdings für den Lohn ihres Vaters und Gatten (z. B. in den türkischen Čifliks von Küstendil) mitarbeiten, und nicht selten wurden sie sogar gezwungen, auch an den Sonn- und Feiertagen thätig zu sein.³⁾

Von diesen landwirtschaftlichen Arbeitern unterscheidet sich noch bis auf den heutigen Tag eine besondere Art von Arbeitern, die zur Erntezeit aus Nordbulgarien nach Südbulgarien wandern, um dort dem Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern abzuhelpen. Diese Arbeiterzüge, welche aus Schnittern, hauptsächlich aber aus Schnitterinnen bestehen, stehen unter der Führung eines Dragoman, der zugleich die Engagementsbedingungen zu verabreden und die Ablöhnung und Rückleitung des Zuges zu besorgen hat. Sie kommen vornehmlich aus der Gegend von Trnowo, Elena, Kotel, Orhanie u. s. w., und es erstreckt sich ihre Thätig-

¹⁾ Dieser Ausdruck, der hier das dem Lohnarbeiter überlassene Feldgrundstück bezeichnet, hatte in Griechenland und Serbien die entgegengesetzte Bedeutung, indem man darunter das Grundstück, welches der Bauer für den Grundherrschaftsbauer bearbeiten musste, verstand (Paraspori oder Paraspurna-njiva).

Zu vergl. Maurer, *Das griechische Volk*, 1835 p. 158. Novaković, *Pron. und Baštini*, p. 89 (serbisch).

²⁾ Iliev, *Der Kreis von Stara-Zagora*, 1885, p. 40 ff. (bulg.).

³⁾ Über Arbeiter und Teilbauern zu vergl. Jireček und Sarofov, *Rapport u. s. w.* Sofia, 1880.

keit auf die thracische Ebene von Tatar-Pasardžik, Stara-Zagora, Karnobad bis an das Schwarze Meer.

Die Arbeit dieser Leute dauert gewöhnlich ununterbrochen drei Wochen von Mitte Juni an, während welcher Zeit nur am Petri- und Pauli-Tage geruht wird. Sie erhalten die Kost vom Grundbesitzer und kampieren auf den Feldern neben den Garben, geschützt durch wollene Decken, die sie von zu Hause mitbringen. Selbst die Töchter reicher Bauern verschmähen es nicht, sich diesen Zügen anzuschliessen, da ihnen zwar schwere Arbeit obliegt, sie aber auch ein Stück Welt kennen lernen, einen immerhin beachtenswerten Verdienst erringen und sowohl auf dem Marsche als an Ort und Stelle nach beendigter Arbeit bei Gesang und Tanz ungetrübte Freude und Heiterkeit geniessen, sodass die Zahl der wandernden Schnitterinnen oft auf 5—6000 anwächst, welche sich vor Beginn der Arbeit auf Einladung der Dragomane versammeln.

Der Lohn, der diesen Arbeitern gezahlt wurde, war zur Türkenzeit allerdings gering, da er nur 5—12 Piaster für die Aberntung eines Uwrat (13 ar) betrug; er stieg aber nach dem russisch-türkischen Kriege ganz bedeutend.

In neuerer Zeit hören diese Wanderungen mehr und mehr auf, da einesteils die Parzellierung des Grossgrundbesitzes an Umfang gewinnt, andernteils die Einführung landwirtschaftlicher Maschinen den Zuzug fremder Arbeiter ersetzt.¹⁾

¹⁾ Über die Schnitter zu vergl.: Geschov, „Das gemeinschaftliche Besitzen und Arbeiten in Bulgarien.“

Per. Spis. No. 38, Sofia 1889 (bulg.); eine Studie desselben „Über die Hirten und Schnitter“ ebenda, No. 32—33.

III. Teil.

Die Zeit seit der Befreiung Bulgariens von der Herrschaft der Türken (seit 1878).

1. Gesetzliche Regulierung der gutherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, insbesondere die Gewährung von Grund und Boden an die landlosen Bauern.

Als bald nach der Entstehung des Fürstentums Bulgarien wurden die Regierung und die Nationalversammlung mit Petitionen aus den Kreisen der Gutsbesitzer wie der Bauern überschüttet. Erstere, welche nach ihrer Flucht während des Krieges zufolge der veränderten Lage der Dinge und der neuen Anschauungen seitens der Bauern nicht wagten, ohne weiteres auf ihren Grundbesitz zurückzukehren, machten ihre Eigentumsrechte petitionsweise geltend, während die Bauern um Rückgabe des ihren Vorfahren von den Begs widerrechtlich entrissenen Eigentums baten.

Die Folge dieses Petitionssturmes war, dass das Finanzministerium in Sofia auf Antrag der Nationalversammlung im August 1880 eine Kommission zur Untersuchung der einschlägigen Verhältnisse im Küstendiler Kreise, von wo die Petitionen in erster Linie ausgegangen waren, einsetzte. Die Berichte dieser Kommission, die freilich wegen der Kürze der Zeit etwas dürftig ausfielen, dienten als Grundlage zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs, die Besserung der Lage der ackerbautreibenden Bevölkerung auf den Herrengütern und Čifliks betreffend. Der Entwurf wurde von der Regierung bei der Nationalversammlung beim Beginn der Session eingebracht, von dieser am 24. November 1880 angenommen und am 10. Dezember 1880 vom Fürsten bestätigt. Man hatte dem Gesetze absichtlich eine etwas

allgemeine Fassung gegeben, um damit eine Regelung der Agrarverhältnisse nicht bloß im Küstendiler Kreise, sondern auch in anderen Kreisen des Fürstentums vorzubereiten und zu ermöglichen, sobald dies die dortigen landwirtschaftlichen Verhältnisse erfordern sollten.

Unter Herrengut im Sinne dieses Gesetzes verstand man die Ländereien, für deren Bewirtschaftung die Bauern den Grundherren Abgaben in Geld oder Naturalien zu leisten hatten (also die Ländereien der Kessimdžis), unter Čifliks dagegen solche Grundstücke, welche durch Lohnarbeiter oder Teilbauern bewirtschaftet wurden, und für deren Erwerb eine gesetzliche Urkunde (Tapu) vorlag.

Nach § 3 des citierten Gesetzes sollte jeder Bauer auf einem Herrengute das Eigentum des von ihm bebauten Bodens erlangen, und nach § 4 10jährige ununterbrochene Bewirtschaftung eines Čifliksgrundstücks ebenfalls dem Bebauer das Eigentum an demselben verschaffen, selbst wenn derselbe mehrere Grundstücke desselben Čifliks bewirtschaftete, jedoch mit der Beschränkung auf das Bedürfnis des Bauern und seiner Familie. Auch sollten die Čifliksbauern das Eigentum an ihren Wohnhäusern erhalten, welche eigentlich dem Gutsherrn gehörten. Nur der Rest des nach Ausstattung der Čifliks-Bauern übrig bleibenden Bodens sollte als freies Eigentum der Čifliks-Besitzer anerkannt werden (§ 10 l. c.). Für die den letzteren hierdurch zu Gunsten der Bauern genommenen Grundstücke sollten sie Entschädigung in baarem Gelde erhalten. Es wurde deshalb zur Festsetzung der denselben zu zahlenden Beträge für die Expropriation der Ländereien, wie dies bereits in dem oben citierten Gesetz in Aussicht genommen war, eine weitere Kommission zusammen berufen, welche schon im März des Jahres 1881 in Küstendil ihre Thätigkeit begann. Die Arbeiten wurden aber durch die politischen Unruhen im August desselben Jahres unterbrochen, und bei der Berufung eines konservativen Ministeriums anstatt des bisherigen liberalen verlor auch die Kommission ihren Vorsitzenden, der von Fürst Alexander verabschiedet wurde.

Erst einer im folgenden Jahre neuernannten Kommission gelang es, die Arbeit wesentlich zu fördern. Sie stellte wenigstens den Umfang und den Preis der Güter, die Zahl

der auf ihnen wohnenden Familien und den von ihnen gezahlten Kessim fest und gelangte dabei zu dem Ergebnis, dass allein im Kreise Küstendil mehr als 60 000 Bauern landlos waren.

Ihre eigentliche Aufgabe, nämlich die Expropriationssumme für die enteigneten Grundstücke resp. deren Besitzer festzustellen, vermochte aber auch diese Kommission nicht zu erfüllen, da das Gesetz vom Jahre 1880 offenbar überhastet und wegen der ihm gegebenen allgemeinen Form unzureichend war, die Grundlage für die jener Kommission obliegenden Arbeiten zu bilden. Denn weder war in diesem Gesetz die Grenze zwischen Herrengütern und Čifliks genau bestimmt, noch für die Abgrenzung der Rechte der Bauern und der Grundherren genügende Normen gegeben, noch auch für die Bemessung der Entschädigungssummen eine tatsächliche Grundlage vorhanden.

Die Folge davon war, dass auf Grund des ersteren Gesetzes und seiner Materialien und der von den Kommissionen, besonders der zweiten, gesammelten Thatsachen und Erfahrungen am 28. Januar 1885 ein weiteres vervollkommnetes Gesetz über die Herrengüter und die Čifliks erlassen wurde, wodurch das erstere samt seiner Novelle vom Jahre 1883 aufgehoben wurde.

Dieses neue Gesetz bezeichnete als „Herrengüter“ diejenigen Ländereien, welche von ihren Besitzern weder verpachtet, noch veräußert werden durften und von solchen Bauern bewirtschaftet wurden, die auf ihnen wohnten und für die Bewirtschaftung derselben eine Abgabe in Geld oder Naturalien zahlten. Unter Čifliks wurden diejenigen Ländereien verstanden, welche die Bauern zwar ebenfalls gegen Zahlung einer Pachtsumme in Geld oder Naturalien bewirtschafteten, welche der Grundeigentümer aber sowohl verpachten als verkaufen konnte.

Im übrigen wiederholte dieses Gesetz die Bestimmungen des Gesetzes vom Jahre 1880, mit der Massgabe jedoch, dass das durch zehnjährige Bewirtschaftung Eigentum des Bauern gewordene Čifliksland den Umfang von 100 Uwrät (ca. 13 ha) nicht übersteigen durfte und der etwaige Überschuss dem Čifliksbesitzer verblieb, und ferner, dass, wenn der Umfang des ganzen Čifliks nicht mehr als 100 Uwrät

betrug, auch dies dem Grundherrn verblieb und dem Knecht oder Teilbauern kein Eigentumsanspruch auf das selbst länger als zehn Jahre bewirtschaftete Grundstück zustand.

Für die Expropriierung der Herrengüter sollte als Massstab der Betrag gelten, der durch Multiplikation des unter der türkischen Herrschaft entrichteten Kessims bzw. des Reinertrages mit 7 oder 8 (je nach Qualität des Bodens) gefunden würde, während als Grundlage für die Expropriierung der Čifliksländereien das Sieben- oder Achtfache des jährlichen Reinertrags oder auch der durchschnittliche Verkaufspreis des Grund und Bodens diene. Dabei war aber noch ausdrücklich bestimmt, dass die Grösse der Entschädigungssumme für die Čifliksländereien in keinem Falle diejenige der Herrengüter um mehr als 15 % übersteigen dürfe.

Zur Erläuterung sei bemerkt, dass bei der Expropriierung der Čifliksländer der Preis des Bodens deshalb berücksichtigt werden musste, weil bei diesen ein Kessim nicht vorhanden war, nach welchem der Reinertrag hätte bestimmt werden können, und weil man ferner nicht alle Ländereien eines Čifliks exproprierte, wie dies bei den Herrengütern geschah. Dass der Preis der Čifliks höher sein sollte als der der Herrengüter, hatte seinen Grund darin, dass bei ersteren die Besitzer volle Dispositionsfreiheit hatten, was bei letzteren nicht der Fall war.

Das mehrgedachte neue Gesetz beauftragte zugleich die mit der Expropriation betraute Kommission mit der gütlichen Regulierung der einschlägigen Verhältnisse, indem sie beide Teile zu einer gütlichen Einigung laden und die für beide Teile verpflichtende Einigung im Falle ihres Zustandekommens durch Protokoll feststellen sollte (§ 15 l. c.).

Die Kosten dieses Expropriationsverfahrens veranschlagte das Gesetz auf 800 000 Francs, welche von der Staatskasse einstweilen vorgeschossen, und zu deren Rückzahlung binnen 10 Jahren sich die Bauern unter Zuzählung von 6 % Zinsen verpflichten sollten, mit der näheren Bestimmung, dass die Bauern, welche dieser Rückzahlungspflicht nicht rechtzeitig und ordnungsgemäss nachkommen würden, ihr Eigentumsrecht an den ihnen zugesprochenen

Ländereien verlieren sollten. Von einem vollen, dispositionsfreien Eigentume der Bauern an dem expropriierten Grundbesitz konnte also erst nach Ablauf von 10 Jahren und nach Rückerstattung der gesamten Expropriationskosten samt Zinsen die Rede sein.

So gross nun auch die Wohlthaten dieses Gesetzes für den Bauernstand waren, so ersieht man aus den vorstehenden Bestimmungen, dass ohne besondere Opfer auch des Einzelnen die Verhältnisse nicht umgestaltet werden konnten. Denn die für eine Bauernfamilie aus dieser Expropriation erwachsenden Lasten beliefen sich auf die verhältnismässig gewiss nicht unbedeutende Summe von 200 bis 450 Francs, je nach Grösse und Beschaffenheit des ihr zuzusprechenden Landes.

Die auf Grund des revidierten Gesetzes vom 28. Januar 1885 zusammengetretene Kommission begann ihre Thätigkeit im Mai desselben Jahres mit der Expropriierung der Herrengüter, indem sie die Gutsbesitzer und Bauern nach Sofia, wo sie ihren Sitz hatte, vorlud, aus den beiderseitigen, sich vielfach direkt widersprechenden Angaben und aus der Höhe des vom Staate aus den betreffenden Gütern erhobenen Zehnten sich selbst ein Urteil bildete und in den durch diese drei Faktoren gesteckten Grenzen die Interessen zu einer gegenseitigen Verständigung über die Entschädigungssumme zu bewegen suchte. Dies führte binnen drei Monaten zu einer Einigung von 72 Dörfern mit 194 Herren über eine Expropriationssumme von 806 849,60 Frs., die Summe verteilte sich auf 31 Dörfer in der Okolija Izwor mit 335 762 Frs., auf 38 Dörfer in der Okolija Küstendil mit 424 687,60 Frs. und auf 3 Dörfer in der Okolija Dupniza mit 46 400 Frs. Von diesen 72 Dörfern waren 61 durchaus, die übrigen 11 nur zum Teil Herrengutsdörfer.

In dieser erspriesslichen Thätigkeit wurde die Expropriationskommission, die im ganzen nur noch 4 Herrendörfer und allerdings noch sämtliche Čifliksländereien zu erledigen hatte, durch den Ausbruch der Revolution vom 6./18. September 1885 unterbrochen; sie setzte aber im folgenden Jahre ihre Thätigkeit mit der Expropriation zweier Dörfer und 18 Čifliks in der Okolija Radomir im

Werte von 97 280,75 Frcs. und der Herrengüter eines Dorfes in der Okolija von Kutloviza im Werte von 11 000 Francs fort.¹⁾

Damit waren die Arbeiten der Kommission derartig gefördert, dass im Juni 1886 nur noch einige Čifliks im Küstendiler Kreise, vier desgleichen im Kreise von Sofia und einige wenige im Kreise von Widdin und Lompalanka zu expropriieren waren. Auch dies geschah in kürzester Zeit, und damit hatte diese bulgarische Agrarfrage ihre vollständige Lösung erfahren.

Allerdings hatte man die von den einzelnen Bauern zu zahlende, bzw. ihnen vom Staate vorzuschliessende Summe weitaus unterschätzt; deshalb wurde durch eine Gesetznovelle vom 9. Juli 1886 die von der Staatskasse zu tragende, auf 800 000 Francs veranschlagte Summe durch Gewährung eines unbeschränkten Kredits vergrössert, auf die landwirtschaftlichen Kassen abgewälzt und den Bauern die Verpflichtung auferlegt, die ihnen vorgeschossene Summe samt nunmehr 9 0/0 Zinsen in nur 5 Jahren zurückzuzahlen.

Diese letztere Bestimmung liess sich aber offenbar wegen der in ihr enthaltenen Härte nicht durchführen, und eine weitere Novelle vom 15. Dezember 1890 verfügte daher, dass die Frist zur Zurückzahlung der vorgeschossenen Expropriationskosten um 5 Jahre verlängert werden solle, dass jedoch die einzelnen Schuldner jährlich mindestens $\frac{1}{5}$ ihrer Restschuld incl. der Zinsen zu bezahlen hätten, eine Vorschrift, deren Erledigung bis jetzt natürlich noch nicht abgeschlossen ist.

Endlich darf bei der Besprechung der bulgarischen Agrarfrage die Regelung eines zwar nebenhergehenden, aber doch nicht unwesentlichen Verhältnisses nicht unerwähnt bleiben. Es betrifft dies die in Bulgarien angesiedelten Tscherkessen und Tataren. Als nämlich die Russen im Jahre 1864 den Kaukasus eroberten, wanderten ca. 400 000 Tscherkessen nach der asiatischen und europäischen Türkei aus, von denen 120 000 in Bulgarien angesiedelt

¹⁾ Zu vergl. Bericht des Finanzministers Karawelow am 23. Juni 1886 (bulg.).

wurden, wo bereits seit dem Jahre 1861 12 000 aus der Krim stammende Tataren ansässig waren. Ihnen allen mussten die bulgarischen Bauern Häuser und einen Teil ihres Grundbesitzes abtreten, zu welchem Zwecke die türkische Regierung einen Teil der Gemeindeländereien, aber auch viele im Privatbesitze befindliche Ländereien ohne jede Entschädigung in Beschlag nahm, expropriierte und den eingewanderten Tataren und Tscherkessen übergab.

Diese fremdländischen Ansiedler in Bulgarien hatten während des russisch-türkischen Krieges im Jahre 1878 ihren Grundbesitz im Stich gelassen und waren geflohen, so dass durch die Gesetze vom 14. Dezember 1880 und vom 23. Februar 1883 die Besitzungen ihren ursprünglichen Eigentümern zurückgegeben werden konnten. Das letztgenannte Gesetz unterschied zwischen solchen Ländereien, welche die türkische Regierung Privaten oder Gemeinden ohne Entschädigung weggenommen hatte, und Staatsländereien, welche der Verfügungsgewalt der Regierung unterstellt gewesen waren, oder welche der Staat für die Kolonisten von Privaten oder Gemeinden käuflich erworben hatte. Diese letzteren wurden natürlich wieder Staats-eigentum.

Somit waren auch nach dieser Richtung hin die Agrarverhältnisse in Bulgarien gesetzlich geordnet und bis auf die noch in der Schwebe befindlichen Rückzahlungen der vorgeschossenen Expropriationskosten thatsächlich beendet.

2. Sonstige Veränderungen im Eigentumsrecht an Grund und Boden, insbesondere die Verminderung des Grossgrundbesitzes.

Trotz der im vorigen Abschnitte näher dargelegten Expropriationsgesetzgebung und deren thatsächlicher Durchführung blieben eine Anzahl Čifliks auch in Nordbulgarien bestehen, und zwar zunächst diejenigen, welche nicht über 100 Uwrat gross waren, ferner diejenigen, deren Bauern bereits für sich und ihre Familie genügendes Eigenland neben den Čifliksländereien besaßen, und endlich solche, auf denen die Bauern die betreffenden Grundstücke noch nicht 10 Jahre bearbeiteten.

Vor allem aber hatte die vorgedachte Gesetzgebung sich nicht auf Südbulgarien erstreckt und war auch nach der Vereinigung der beiden Landesteile nicht darauf ausgedehnt worden. Vielmehr waren die Čifliks in Südbulgarien ohne eine eigentliche gesetzliche Regelung gerade wie die in Nordbulgarien gebliebenen Čifliks aus der Volksinitiative heraus selbst mehr und mehr vermindert worden, indem nur wenige von ihnen in der Hand reicher Leute sich erhielten, ein grosser Teil aber von den Bauern selbst in dem Bestreben, sich Land zu verschaffen, gemeinschaftlich aufgekauft und zerschlagen wurde. Erleichtert wurde dies durch die vielfache Auswanderung der meist türkischen Besitzer, vor allem aber durch das Bestreben, in dem alle politischen Parteien sich begegneten: alles, was dem Drange nach Unabhängigkeit hinderlich schien, also auch das Anwachsen eines Grossgrundbesitzes in den Händen der Kapitalisten, zu vermeiden, resp. zu beseitigen.

Für eine genaue Statistik darüber, in welcher Weise sich die Čifliks in den beiden Teilen des Fürstentums vermindert haben, würde die vornehmste Grundlage fehlen, nämlich die Kenntnis der zur Türkenzeit vorhandenen Čifliks. Denn hierfür giebt es keine brauchbaren Nachweise, so dass man lediglich auf allgemeinere Beschreibungen und Berichte über einzelne Bezirke angewiesen ist.

Soweit dieses dürftige Material reicht, ergibt sich, dass in der Okolija Stara-Zagora¹⁾ vor dem russisch-türkischen Kriege etwa 100 Čifliks vorhanden waren, eine Zahl, die bis zum Jahre 1885 auf 45 herabsank, da die übrigen 55 durch die Bauern selbst erworben und zerschlagen wurden. In der Okolija Kašanlyk waren im Jahre 1885 nur noch 4, in der Okolija Čirpan 5, in der Okolija Nova-Zagora 9, in der Okolija Sejmen 4 Čifliks übrig geblieben, so dass im Jahre 1888 in beiden Teilen des Fürstentums sich die Zahl der Čifliks auf etwa 200²⁾ belief, die zwischen 150 und 1500 Uwrat (20—200 ha) Fläche hatten.

¹⁾ Iliev, Der Kreis von Stara-Zagora in nationalökonomischer Beziehung, 1885 (bulg.).

²⁾ Die Zahl der Čifliks in den übrigen Kreisen im Jahre 1888 war folgende: Kreis Philippopel 79, Burgas 14, Sliwen 25, Silistria 5, Razgrad 1, Rustschuk 2, Swištow 3, Trnowo 6, Sewlioovo 6, Berkowica 2.

Der übrige Boden war ziemlich gleichmässig unter die Bevölkerung verteilt, so dass in einzelnen Bezirken nach dem Zeugnis Ilievs¹⁾ in Stara-Zagora z. B. kaum eine einzige Familie ohne Grundstück existiert, wenn auch diese Grundstücke vorherrschend einen geringen Flächengehalt von 5 bis 25 Uwrat (65 a bis $3\frac{1}{2}$ ha) enthalten und nur selten bis auf eine Grösse von 250—350 Uwrat (33 bis 46 ha) anwachsen. Die letzteren bilden den Gegenstand des Arbeitsquantums für 2 bis 3 Paar Ochsen, während die kleineren mit 2, ja mit 1 Stück Vieh bestellt werden können, so dass vielfach zwei klein-bäuerliche benachbarte Besitzer sich zur gemeinsamen Feldbebauung verbinden, wobei die intensive Bewirtschaftung besonders der kleinen Parzellen namentlich durch ihre grosse Entfernung von einander erschwert ist.

So sehr es nun mit Freuden zu begrüßen war, dass in verhältnismässig kurzer Zeit teils auf Grund der Gesetzgebung, teils durch die eigene Initiative der Landbevölkerung fast jeder Bauer in den Besitz eigenen Grund und Bodens gelangte, so waren doch mit diesem wirtschaftlichen Aufschwunge auch mancherlei positive Nachteile und mindestens drohende Gefahren verknüpft, indem die Bauern in ihrer Sucht nach Erwerb eigenen Landes teils ihr Vieh, welches sie zur Bewirtschaftung notwendig brauchten, verkauften, teils hohe Zinsen nicht scheuten, nur um sich Geld zum Ankauf von Land zu verschaffen, zu dessen Bewirtschaftung dann schliesslich die nötigen Arbeitskräfte fehlten.

Berücksichtigt man dabei das stete Sinken der Kornpreise seit dem Jahre 1883, so ist es nicht zu verwundern, wenn der Bauernstand trotz des Landerwerbs in eine drückende Lage geriet. Denn abgesehen von den vorgedachten Umständen lasteten auf ihm die Staatssteuern und die Verpflichtung zur Rückzahlung der vorgeschossenen Expropriationskosten, sodass es noch schwerer Anstrengung bedürfen wird, bis es dem Lande und dem Bauernstande gelungen sein wird, diese schwierige Übergangsperiode zu

In den Kreisen von Sofia, Wraza, Rahowo und Plewen ist ihre Zahl nicht nennenswert. Ohne Čifliks sind die Kreise Trn, Widdin, Schumen.

¹⁾ Iliev, a. a. O. p. 25.

überwinden und sich der Früchte der Befreiung und des eigenen Landbesitzes zu erfreuen.

Mit der Neuregulierung der Agrarverhältnisse in Bulgarien war aber keineswegs ihre bisherige allgemeine gesetzliche Grundlage verlassen worden. Vielmehr bezog sich die vorerwähnte Spezialgesetzgebung nur auf die Čifliks und Herrengüter und die damit zusammenhängende Parzellierung des Grossgrundbesitzes, während nach allen übrigen Richtungen hin die türkische Agrargesetzgebung resp. die Zustände, die sich durch Gewohnheit und Gebrauch gebildet hatten, zu Recht bestehen blieben.

Aus diesem Grunde war es ungesetzlich, dass die Bauern in ihrer Ländersucht vielfach die Gemeindeländer ohne weiteres urbar machten und dadurch die Gemeinde als solche schädigten. Trotzdem liess man dies stillschweigend geschehen, vielleicht in der Hoffnung, aus diesem urbar gemachten Grund und Boden mehr Abgaben für den Staat zu erzielen, oder weil man meinte, dadurch den Volkswohlstand im allgemeinen zu heben. Doch täuschte man sich in dieser Beziehung, da nach den Berichten mancher Präfekten¹⁾ mit der Urbarmachung neuer Grundstücke die Vernachlässigung der alten Hand in Hand ging.

Hie und da griff man aber doch auch an andern als den erwähnten Punkten durch gesetzliche Bestimmungen in die ottomanische Gesetzgebung ein und gestaltete sie zeitgemäss um.

So wurde die Ausstellung der Besitzurkunden (Tapu, jetzt Wladalo genannt) durch Gesetz vom Jahre 1880 den Kreisgerichten überwiesen und beim Verkauf von Grundbesitz dem Käufer eine Staatsstempelsteuer von 3 % des Kaufpreises auferlegt, welche beim Tausch für beide Teile die Hälfte betrug und bei Vererbung von Grundbesitz auf 1 % herabsank. Auch sollten sämtliche Grundbesitzer ihre alten aus der Türkenzeit stammenden Urkunden gegen neue Erwerbsurkunden unter Zahlung einer fiskalischen Steuer umtauschen.

Eine höchst wichtige Verpflichtung legten die Gesetze

¹⁾ Zu vergl. Bericht über den Zustand des Bezirks von Wraza vom 1. September 1889 bis 1. September 1890 (bulg.).

aus den Jahren 1880, 1883 und 1889 und eine Novelle dazu vom 15. Dezember 1890 jeder Gemeinde auf, nämlich hinfort für jede Familie eine Fläche von 5—20 Uwrat Wald anzupflanzen, während die Benutzung der Gemeindewälder in Zukunft von der Erlaubnis des Dorfvorstehers abhängig gemacht und für Entnahme von Brenn- und Bauholz aus der Gemeindewaldung eine besondere Taxe auferlegt wurde, die jedoch 10 % des Wertes nicht übersteigen durfte, wobei der Wert des geschlagenen Holzes von einer besonderen Kommission auf Grund der Durchschnittspreise und nach Abzug von Transport- und anderen Unkosten bestimmt wurde.

Die Benutzung der Staatswälder wurde fortan seitens der Regierung nur denjenigen Gemeinden gestattet, welche keinen eigenen Wald hatten, und zwar auch nur solange, bis der von ihnen anzupflanzende Wald herangewachsen sein würde.

3. Bestrebungen zur Umwandlung der Naturalabgaben in eine Grundsteuer.

Mit Ausnahme der in Wegfall gelangten Militärsteuer (Bedel) blieben die direkten auf der Landwirtschaft ruhenden Steuern aus der Türkenzeit bestehen, und man unterschied daher bis in die neueste Zeit folgende Arten:

a) Den Naturalzehnten von dem Ertrage der landwirtschaftlichen Produkte mit Ausnahme von Reis und Gartenzeugnissen, die einer besonderen Grundsteuer unterlagen.

b) Die Emljak genannte 4 $\frac{0}{100}$ ige Grundsteuer, welche auf Gebäuden, Wiesen, Äckern, Weinbergen und Wäldern ruhte, und von der nur die Staatsländereien, die Güter des Klosters Rilo, die Grundstücke der Volksschulen, die Weidegründe und die Wälder der Gemeinden und neu angepflanzte Privatwälder (letztere 10 Jahre lang) befreit waren.

c) Die Viehsteuer, welche für Schafe und Schweine 60 Centimes, für Ziegen 1 Frank für das Stück betrug; jene nennt man Beglik, diese Sertschim.

d) Die zum Zwecke der Unterhaltung der Staatswege durch das Gesetz vom Jahre 1883 eingeführte, 4 Franks

betragende Abgabe jedes männlichen Unterthanen im Alter von 22 bis 55 Jahren.

Von diesen vier Steuern bietet hauptsächlich die erstgenannte, der Naturalzehnt, der den dritten Teil aller Staatseinnahmen bildete, besonderes Interesse, da er innerhalb des Zeitraums von 1879 bis jetzt mannigfache Umwandlungen erfuhr, indem das Bestreben ersichtlich zu Tage trat, diese an und für sich nicht drückende Abgabe den Bedürfnissen der Staatskasse und der Steuerzahler besser anzupassen.

Der erste 1879 unternommene Versuch, diesen Naturalzehnt durch eine Bodensteuer zu ersetzen, missglückte. Allein schon durch Gesetz vom 23. Mai 1880 wurde die Einschätzung und Erhebung der Zehnten der Beaufsichtigung besonderer Beamten unterstellt, welche die durchschnittliche Fruchtbarkeit der einzelnen Bezirke zu berechnen und auf Grund dieser Berechnung die Höhe der Zehnten zu fixieren hatten, zu welchem Zwecke sie von verschiedenen Grundstücken einer und derselben Gemeinde 30 bis 100 Garben entnahmen und aus deren Ausdrusch die Durchschnittsquantität (Nomone) einer einzelnen Garbe feststellten.

Weiter bestimmte dieses Gesetz, dass jeder Bauer den Zehnt von Wiesengrundstücken in baarem Gelde entrichten, den Naturalzehnt aber der übrigen in Betracht kommenden Ländereien in die Dorfscheune bringen sollte, von wo er gegen eine Entschädigung von 15 bis 18 Centimes für je 100 Oka (128 Kilogramm) die in der Dorfscheune sich sammelnden Zehnten nach dem von der Regierung zu bestimmenden Platze weiter zu transportieren hatte.

Dieses Gesetz wurde jedoch bereits durch ein anderes vom 15. Dezember desselben Jahres wesentlich umgestaltet, nach welchem der Marktpreis dem Zehnten zu Grunde gelegt werden und dieser selbst baar zu entrichten sein sollte. Trotzdem mögen sich ungewöhnliche Schwierigkeiten bei der Durchführung dieser neuen Anordnung ergeben haben; denn es blieb auch im Jahre 1881 zunächst noch beim Naturalzehnt, und es schien, als sei die Naturalbesteuerung für ein Land mit extensiver Landwirtschaft und geringer Arbeitsteilung, wie Bulgarien es ist, am leichtesten durchführbar, da bei ihr Eigentum und Einkommen der Steuerpflichtigen

sich leicht kontrollieren lässt und die hohe Zahlung bei guter Ernte ihr Äquivalent in der geringen Abgabe bei Missernten erhält.

Allein trotzdem sprachen die Thatsachen dafür, dass die fernere Naturalbesteuerung in Bulgarien sowohl für den Staat als für den einzelnen Steuerzahler auf die Dauer nicht durchzuführen war, da beide Teile gleich grosse Nachteile dabei hatten.

Diese Thatsachen aber bestanden darin, dass die Resultate der Ernte erst gegen das Ende jedes Jahres bekannt werden, und deshalb die Finanzoperationen der Regierung nie auch nur mit einiger Wahrscheinlichkeit mit bestimmten Beträgen rechnen konnten, und zwar abgesehen von guten oder schlechten Ernten, da z. B. gerade bei guten Ernten die Preise leicht sinken und infolgedessen der Ertrag des Naturalzehnten kaum ein grösserer war als bei weniger guten Ernten. Vor allem aber kostete die Naturalerhebung nahezu 12 % ihres eigenen Betrages und liess viel mehr als eine Steuerveranlagung und Beitreibung in Geld allerlei Missbräuche der beteiligten Beamten zu.

Nicht geringer aber waren die Nachteile der Naturalbesteuerung für die Besteuernten selbst. Denn da es dem Landwirt untersagt war, die Ernte früher einzubringen, als die notwendige Einschätzung stattgefunden hatte, so bestand für ihn die Gefahr, das Produkt seines Fleisses auch nach einer günstigen Ernte durch Naturereignisse oder auf andere Weise einzubüssen. Hierzu kam noch, dass nach dem Gesetze vom Jahre 1881 die Bauern den Naturalzehnt oft in entfernt liegende Hafenplätze transportieren mussten und deshalb während dieser Zeit ihrer eigenen Wirtschaft entzogen wurden. Diese Bestimmung wurde übrigens von den Spekulanten oft dahin gemissbraucht, dass sie nach Ankauf des Zehnten von der Regierung den Transport gerade zu der Zeit forderten, wo die Bauern am meisten beschäftigt waren, um dadurch einen Druck auf dieselben auszuüben, ihr eigenes Getreide lieber zu höherem Preise zurückzukaufen, als es mit Opfern an Zeit und Geld weithin zu transportieren.

Aus diesen Gründen kam man durch Gesetz vom 9. Juni 1882 und durch ein weiteres vom 13. Februar 1883, das

im wesentlichen mit ersterem identisch ist, auf die Umwandlung der Naturalzehnten in eine Geldabgabe zurück, indem man dabei den Durchschnittswert des Zehnten jedes Dorfes aus den drei letzten Jahren von 1879—1881 zu Grunde legte und aus der gefundenen Summe durch eine aus der Gemeindebehörde und 6 ortseingesessenen Landwirten gebildete Kommission die auf jeden Landwirt entfallende Quote auswarf.

So einfach und gut dieser Umwandlungsmodus erschien, so sehr war derselbe doch mit Mängeln behaftet, und bald wurden Klagen laut über ungleichmässige Auflegung der Abgaben, indem besonders hervorgehoben wurde, die östlichen Kreise seien härter betroffen als die westlichen. Auf Grund dieser Klagen wurde von dem Finanzministerium unverzüglich eine Untersuchung eingeleitet, die allerdings die volle Berechtigung derselben erwies, ja weit grössere Unregelmässigkeiten ans Licht brachte, als die ursprünglichen Beschwerden hatten glaubhaft erscheinen lassen. Die ganze Grösse der eingerissenen Besteuerungsungleichheit ergab sich aus der auf Grund jener Untersuchungen von dem Ministerialchef der Abteilung der direkten Einnahmen B. Bojev aufgestellten Tabelle,¹⁾ aus der hervorgeht, dass in den westlichen Kreisen, insbesondere in dem von Lompalanka, ein Uwrat im Durchschnitt mit 25 Centimes, im Kreise Sofia mit 49 Centimes, im Kreise von Trnowo mit 84 Centimes und in den östlichen Kreisen von Rasgrad mit 191 Centimes Steuer belastet war. Es wurde also eine 7- bis 8fache Mehrbesteuerung des letztgedachten Kreises gegen den erstgedachten konstatiert.

Noch augenscheinlicher wurde das Missverhältnis, wenn man innerhalb der einzelnen Kreise die einzelnen Bezirke (Okolijen) in Betracht zog. Denn dann entfielen auf die Okolija Lompalanka für je 1 Uwrat 24 Centimes und für die Okolija Rasgrad 208 Centimes. Und bei einer Betrachtung der betreffenden Verhältnisse nach Gemeinden stellte sich sogar das unglaubliche Resultat heraus, dass die Besteuerung der einzelnen Gemeinden in der Okolija

¹⁾ B. Bojev, Bericht an den Finanzminister über den Zustand der direkten Einnahmen und die nötigen Reformen derselben, Sofia 1888, p. 15 ff. (bulg.).

Lompalanka zwischen 3 und 65 Centimes für 1 Uwrat, im Kreise Rasgrad zwischen 60 und 300 Centimes schwankte, und selbst bei völlig gleicher Bodenbeschaffenheit der Uwrat mit 84, 130, ja 150 Centimes besteuert wurde.

Es ergab sich, dass der durchschnittliche Ernteertrag nur dreier Jahre unmöglich genügen konnte, um die Ertragsfähigkeit eines Grundstückes zu bestimmen, zumal da durchgängig Grundstücke mit nur extensiver Bewirtschaftung in Betracht kamen, bei denen Naturereignisse stets von besonderem Einflusse sind. Ein weiterer Grund der Ungleichmässigkeit lag in dem Mangel an Gewissenhaftigkeit der beteiligten Gemeinde- und Staatsbehörden und in dem grossen Fluktuieren der Bevölkerung zu jener Zeit, da unmittelbar nach dem russisch-türkischen Feldzuge viele Gemeinden fast verödet waren, welche nach dem Kriege sich rasch wieder bevölkerten, ohne dass darauf bei Veranlagung des Zehnten genügende Rücksicht genommen worden wäre. Endlich wird man auch den Umstand mit in Betracht zu ziehen haben, dass vielfach ortseingesessene Bauern in der ersten Zeit nach Beendigung des Feldzuges die Grundstücke verödeter Nachbardörfer mit bewirtschafteten und dafür in ihrer eigenen Heimatsgemeinde zur Steuer veranlagt waren, obwohl die Nachbardorfgrundstücke nach und nach in die Hände ihrer wirklichen Eigentümer zurückfielen, während die veranlagte Steuer auf der Gemeinde des vorübergehenden Bebauers lasten blieb.

Auch die Umwandlung der Gemeindeweiden in Ackerland und der fortgesetzte Wechsel der bebauten Ackergrundstücke trug zu diesen Übelständen bei. So sah man bald die Unhaltbarkeit dieses so wohlgemeinten Besteuerungssystems ein und glaubte, dass entweder zur Naturalbesteuerung zurückzukehren sei, oder zuvörderst eine genaue Landesvermessung und Anlegung von Grundbüchern voranzugehen habe. Zu dem letzteren aber fehlte nicht nur die Zeit, sondern auch ein genügend geschultes Feldmesserpersonal, vielleicht auch die nicht unbeträchtliche Summe, welche diese Arbeiten voraussichtlich in Anspruch nehmen mussten.

So brachte denn in der Nationalversammlung vom 9. November 1887 der vierte Teil sämtlicher Abgeordneten

einen Gesetzesvorschlag zur vorläufigen Wiedereinführung der Naturalzehnten ein und beantragte im besonderen, 6 Jahre lang den Zehnten in natura wieder zu erheben, hierzu die dreifrüheren Versuchsjahre von 1879—1881 hinzuzuzählen und aus diesem Ertragnis voller 9 Jahre den Durchschnitt zu ziehen, um hierdurch zu einer gerechten Veranlagung des später wieder in Geld abzulösenden Naturalzehnten zu gelangen, ein Vorschlag, welcher aber am 11. Dezember 1887 von der Regierung abgelehnt wurde. Doch stellte diese einen neuen Gesetzentwurf in Aussicht, durch welchen eine gerechtere Verteilung der Geldbesteuerung erreicht und zugleich von dem in allen Kulturstaaen längst als veraltet erkannten Naturalabgabensystem auch bezüglich einer vorübergehenden Wiedereinführung abgesehen werden sollte. Bis zu dieser gesetzlichen Regelung sollte laut Verordnung des Finanzministeriums vom 11. Juli 1888 die Steuer unter die einzelnen Besitzer nach Verhältnis der von ihnen bebauten Flächen verteilt werden, wobei eine Bonitätsklasseneinteilung mit drei bzw. mit fünf Abstufungen zu Grunde gelegt werden sollte. So versuchte man wenigstens den schreiendsten Missständen im Verordnungswege zu begegnen.

Wie ernst es aber dem Finanzministerium um eine wirkliche und rasche Abstellung der zu Tage getretenen Mängel zu thun war, ergiebt sich aus der Kürze der Zeit, innerhalb deren die Vorbereitungen für den in Aussicht gestellten Gesetzentwurf erledigt wurden. Bereits am 8. Dezember 1888 ging der neue Entwurf bei der Nationalversammlung ein, wonach vom Jahre 1889 ab alle Ackerfelder, Gemüse- und Fruchtgärten, Weiden, Privat- und Gemeindewälder und dergleichen einer Grundsteuer von 70 Centimes für je 10 ar und zwar ohne Rücksicht darauf, ob das Land bebaut oder unbebaut sei, unterfielen, indem davon nur die Staatsdomänen, die Güter der Kirchen und Schulen, und die der Gesamtnutzung überlassenen Ländereien mit Ausnahme der Wälder, also Gemeindeweiden, Gärten, Kirchhöfe, ferner die Güter des Klosters Rilo und endlich die Wohngebäude, die Höfe und Gärten von weniger als 30 ar befreit sein sollten.

Die Verteilung des Steuerquantums, welches nach

obigem Satz auf jedes Dorf seinem Umfange und Flächenbesitze nach entfiel, unter die einzelnen Bauern blieb besonderen Gemeindekommissionen überlassen. Sie hatte im Verhältnis zu dem Flächeninhalt und der Bonität¹⁾ des Bodens zu erfolgen. Die Steuer sollte in vierteljährlichen Raten im März, Juli, September und Dezember entrichtet werden.

Dieser wohlgemeinte Gesetzentwurf wurde nach stürmischen Debatten und nach hartnäckigem Widerstande seitens der Opposition einer Kommission zur weiteren Prüfung überwiesen, indem man gegen das Gesetz hauptsächlich geltend machte, die Grösse der Einnahmen sei nicht voraussehbar, da das der Steuer unterliegende Areal nicht festgestellt werden könne. Denn die übliche Angabe, das ganze Kulturland repräsentiere eine Fläche von 3 520 000 ha, beruhe auf Selbstschätzung²⁾ und sei deshalb voraussichtlich nichts weniger als genau. Der Gesamtflächengehalt sei vielmehr ein weit grösserer, und die Regierung habe mit dem neuen Gesetzentwurf nur eine Erhöhung der direkten Steuern im Auge.

In der Kommission wurde nun der Regierungsentwurf vollends zu Fall gebracht, aus den von der Opposition geltend gemachten, erwähnten Gründen. Die Kommission begnügte sich aber nicht mit einer einfachen Ablehnung des Entwurfs sondern verfasste, nachdem sie mit der Regierung Fühlung genommen, einen neuen Entwurf, der auf die Wiedereinführung der Naturalbesteuerung hinausging.

Dieser fand am 17. Dezember 1888 die Zustimmung der Nationalversammlung und erhielt am 17. Januar 1889 die Unterschrift des Fürsten.

Auf diese Weise war trotz des Widerstandes des

¹⁾ Die Ländereien jeder Gemeinde sollten nämlich nach ihrer Qualität und ihren Einkünften in 9 Klassen eingeteilt werden: in Frucht-, Gemüse- und Rosengärten, Reisfelder, Weiden, Privat- und Gemeindewälder u. s. w. Zu der ersten Klasse wurden diejenigen Ländereien gerechnet, die am meisten einbrachten, zur letzten die Weiden und unbebauten Länder; zu dieser Einteilung sollten besondere vom Finanzministerium hergestellte Tabellen dienen.

²⁾ Zu vergl. B. Bojev, a. a. O. p. 14.

Ministeriums und des von ihm in so wohlmeinender Absicht eingebrachten Gesetzentwurfes behufs Vermeidung der Rückkehr zur Naturalbesteuerung und doch zugleich unter Wahrung der Integrität dieses selben Ministeriums die Naturalbesteuerung gesetzlich wieder eingeführt worden.

Das neue Gesetz forderte die Erhebung des Zehnten von Feldfrüchten für die Jahre 1889 bis 1892 in natura, indem die Abschätzung und Erhebung den aus den Gemeindebehörden und Ortseingesessenen gebildeten Kreiscommissionen, den Finanzbeamten und Staatskontrolleuren oblag, wobei nebenher noch durch die Genannten gemeinschaftlich eine Feststellung des Flächengehaltes der bewirtschafteten Felder vorgenommen werden sollte. Dabei legte das neue Gesetz den Bauern die Verpflichtung auf, den Naturalzehnt rechtzeitig unter der Kontrolle der Gemeindebehörden in die Dorfscheune abzuführen und ihn von hier gegen Vergütung lokaler Transportpreise auf Anordnung der Staatsbehörden zu den bestimmten grösseren Sammelstellen zu befördern, wobei jedoch jeder Gemeinde das Recht eingeräumt wurde, vor dem Weitertransport die Gesamtheit ihrer Zehnten mit einer um 2 % unter dem Taxwerte zurückbleibenden Summe zurückzukaufen.

Der Heuzehnt war, wie erwähnt, schon früher durch Geld abgelöst. Von den Reisfeldern, Frucht-, Rosen- und Gemüsegärten gelangte ebenfalls die früher eingeführte Grundsteuer statt des Zehnten auch fernerhin zur Erhebung.¹⁾

Durch diese vierjährige Periode von 1889 bis 1892 zusammen mit der früheren Naturalzehntperiode von 1879 bis 1881 beabsichtigte man die Grundlage für die gerechte Verteilung einer in Geld zu entrichtenden Bodenertragssteuer zu gewinnen. Dies ist inzwischen zur Ausführung gekommen durch das Gesetz vom 14. Dec. 1892, nach welchem von 1893 an eine Geldsteuer auf Grundlage der Durchschnittswerte der Naturalabgaben in den J. 1889—1892 entrichtet werden soll.

Freilich werden alle diese Bestrebungen, so redlich sie

¹⁾ Nach der Bestimmung des Gesetzes vom 19. Februar 1883 gelangt von den Weinbergen eine besondere Abgabe von 2 Francs für je 10 Ar zur Erhebung.

auch sind, erst dann ein befriedigendes Resultat von nicht bloss vorübergehender Wirkung erzielen, wenn damit eine Landesvermessung und die Anlegung von Grund- und Hypothekenbüchern Hand in Hand geht, da andernfalls kaum zu vermeiden sein wird, dass die wiedereingeführte Geldabgabe über kurz oder lang wegen ungleichmässiger Auflegung allerhand Klagen zeitigen und die Notwendigkeit nahelegen wird, abermals auf längere oder kürzere Zeit zu der in Bulgarien längst als veraltet empfundenen Naturalbesteuerung zurückzukehren. Es ist aber nicht zu verkennen, dass schon in dem beständigen Wechsel des Systems eine bedeutende Schädigung der Landwirtschaft liegt, dass auch das Volk hieraus leicht berechtigte Zweifel an der Beständigkeit der gegenwärtigen Verhältnisse entnehmen könnte.

Bei der Beurteilung der Frage, was für die wirtschaftlichen Verhältnisse Bulgariens erspriesslich ist, wird man besonders die klimatische, soziale und politische Lage dieses Landes in Betracht ziehen müssen.

Klima und Bodenbeschaffenheit eignen sich sowohl zur Erzeugung aller Getreidearten, als auch zum Anbau von Reis, Baumwolle, Tabak, Mohn und anderen Handelspflanzen ganz vorzüglich; auch die Seidenzucht gedeiht.

In sozialer Beziehung herrschen sehr erfreuliche Zustände, da ein Unterschied von Arm und Reich, Hoch und Niedrig, wie er in Westeuropa soviel zur Erzeugung von tiefgehender Unzufriedenheit beigetragen hat, nicht vorhanden ist, und jeder seine Bedürfnisse, wenn auch vielleicht in bescheidener Weise, befriedigen kann. Das mag seinen Grund freilich zum Teil darin haben, dass die Industrie sich erst im Beginne ihrer Entwicklung befindet; denn es fehlen für ihre Ausbreitung vorerst die nötigen Vorbedingungen: eine dichte Bevölkerung, das Vorhandensein ausreichender Land- und Wasserstrassen und vor allem grosse Kapitalkräfte. Zugleich ist der Kredit insbesondere für gewerbliche Unternehmungen zunächst wegen der politischen Lage Bulgariens noch ein sehr geringer.

Der Landwirtschaft aber, der bei der Möglichkeit der Einführung verschiedenartigster Kulturen die günstigsten Aussichten offen stehen, tritt doch mancherlei hindernd entgegen, und zwar einestheils der zähe Konservatismus der ackerbautreibenden Bevölkerung, die sich nur schwer von den althergebrachten, durchaus unzureichenden Bestellungsgeräten trennt, ferner der oben gedachte Mangel an Kapital und Kredit, die Abneigung gegen die Einführung landwirtschaftlicher Maschinen und das starre Festhalten an der einmal lieb gewordenen extensiven Bodenbewirtschaftung.

Auch die Viehzucht befindet sich auf einer niedrigen Stufe, da auch sie nicht intensiv betrieben wird. Das auf die Gemeindeweiden, für deren Verbesserung nichts gethan wird, getriebene Vieh findet hier nur spärliche Nahrung, und deshalb degeneriert die ganze Rasse, so dass sie zur intensiven Bodenbewirtschaftung wenig geeignet ist. Dazu kommt, dass bei der Weidewirtschaft der Dünger fast vollständig verloren geht, und es ist deshalb trotz der vielen Anstrengungen, die seit Gründung des Fürstentums zur Hebung von Ackerbau und Viehzucht bis jetzt gemacht worden sind, noch wenig erreicht worden.

Zwei landwirtschaftliche Schulen sind errichtet, seit 1889 auch Wanderlehrer herangezogen und seitens der Regierung und der einzelnen Kreiskommissionen zahlreiche landwirtschaftliche Maschinen angekauft worden. Weiter hat man die Gründung von Musterwirtschaften und die Abhaltung von landwirtschaftlichen Ausstellungen in Aussicht genommen.¹⁾ Aber eine merkbare Besserung der landwirtschaftlichen Technik und Wirtschaftsweise lässt sich trotz all dieser Bestrebungen noch nicht konstatieren, obwohl sie von künftigen Jahren wohl zu erwarten ist.

Eine durchgreifende und nachhaltige Hebung der darniederliegenden Landwirtschaft und eine Besserung der Viehzucht möchte vielleicht am ehesten von nachstehenden Gesichtspunkten aus in Angriff zu nehmen sein.

Offenbar ist das System der Gemeindeweidenbenutzung

¹⁾ Eine Ausstellung in Philippopel hat in den Monaten August und September 1892 stattgefunden.

ein mangelhaftes; denn, wie oben gezeigt, macht es eine intensive Viehzucht unmöglich. Auch geht der wertvolle Dünger der Landwirtschaft fast gänzlich verloren. Deshalb haben einzelne vorgeschlagen, diese Gemeindeweiden zu parzellieren und die Parzellen zum freien Eigentum den Gemeindegliedern zu überlassen. Allein dies möchte bedenklich sein, da es im volkswirtschaftlichen Interesse liegt, dass die Gemeinde als solche Vermögen hat, auch eine noch grössere Zersplitterung des Grundbesitzes nicht begünstigt werden darf, und endlich die Gemeindeländereien oft derartig umfangreich sind, dass durch ihre Zerschlagung dem einzelnen Gemeindemitgliede Flächen zufallen würden, die es unmöglich bewirtschaften könnte.

Deshalb dürfte es zweckmässiger sein, die Gemeindeweiden in einzelne Schläge einzuteilen und die einzelnen Vieharten bei der Weide von einander zu scheiden, vielleicht auch dieselbe, soweit sie überflüssig ist, parzellenweise zu verpachten oder, wenn möglich, in Wiesen umzuwandeln. Überhaupt dürfte die Vermehrung und bessere Pflege der letzteren mehr als bisher zu empfehlen sein.

Würde sich auf Grund dieser Bewirtschaftungsart, vielleicht auch durch Einführung fremder Viehrassen und durch eine rationelle Stallwirtschaft zunächst einerseits die Viehzucht verbessern lassen, so würde andererseits durch die Verwendung eiserner Pflüge und anderer landwirtschaftlicher Maschinen, ferner, soweit das nicht schon geschehen ist, durch die Gründung von landwirtschaftlichen Darlehnskassen und durch den Übergang zu neuen Fruchtarten, insbesondere zu Tabak, Wein, Seide, Baumwolle und Mohn, auch aus dem Ackerbau ein höherer Ertrag zu erzielen sein und die Landwirtschaft mit der des Auslandes konkurrenzfähig werden.

Dass daneben die Gründung von landwirtschaftlichen Musteranstalten und die Abhaltung landwirtschaftlicher Ausstellungen, sowie die Berufung landwirtschaftlicher Wanderlehrer zweckmässig ist, bedarf keiner besonderen Ausführung.

Geht aber mit dieser Hebung der Landwirtschaft und der Viehzucht eine gerechte Besteuerung Hand in Hand und wird es dem Landwirt durch Gründung weiterer und

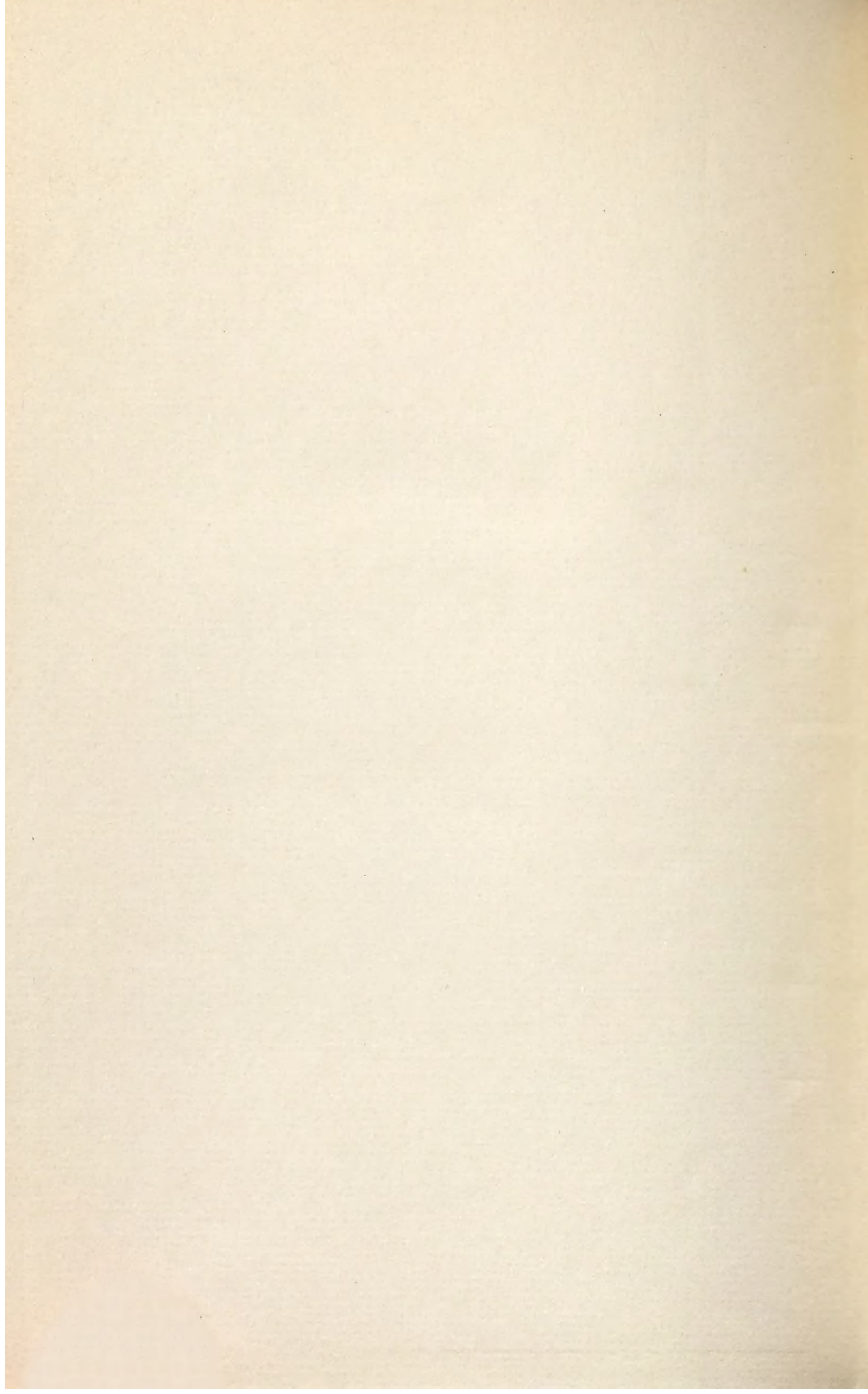
besonders besser funktionierender Darlehnskassen ermöglicht, für seine Bedürfnisse und Bestrebungen unter angemessenen, billigen Bedingungen Kapitalien vorgeschossen zu erhalten, ohne den Wucherern anheimzufallen, und bleiben die Segnungen des Friedens dem Lande noch lange gewahrt, dann wird in absehbarer Zeit gewiss das Ziel erreicht werden, Bulgarien zu einem auch in landwirtschaftlicher Hinsicht mit den Nachbarstaaten konkurrenzfähigen Kulturstaat zu erheben.



Vita.

Ich, Wladimir S. Pantschow, orthodoxer Konfession, geboren am 17. Oktober 1866 zu Etropole in Bulgarien habe die sieben Klassen des klassischen Staatsgymnasiums zu Sofia und zwei Semester lang die k. k. technische Hochschule zu Graz besucht. Hierauf studierte ich sieben Semester an der Universität zu Leipzig. Während dieser Zeit hörte ich die Vorlesungen der Herren Docenten Brentano, Roscher, v. Miaskowski, Ratzel, Friecker, Friedberg, Leskien, Hasse, Lotz und Warschauer. Ferner nahm ich fünf Semester teil an den Übungen des staatswissenschaftlichen Seminars der Herren Professoren v. Miaskowski und Brentano und drei Semester an denjenigen des königl. geographischen Seminars des Herrn Professor Ratzel.

Allen meinen verehrten Herren Lehrern spreche ich auch an dieser Stelle meinen herzlichsten Dank aus, besonders aber den Herren Professoren v. Miaskowski, Brentano und Ratzel, deren Seminarien zu besuchen mir vergönnt war.



Buchbinderei-Landesanst.
f. Körperbehind. Jugend.
München, Kurzstr. 2

Pantschow, Wladimir S.

Die Agrarverhältnisse des Fürstentums Bulgarien in ihrer geschichtlichen
Entwicklung

1893

Turc. 103 g

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11890539-9